10

Bonn, Freitag 26. April 1963

Sprecher: Adenauer, [Altmeier], Barzel, Bauknecht, von Brentano, Burgbacher, Dufhues, [Erhard], Etzel, Fricke, Gerstenmaier, Gradl, von Hassel, Johnen, Kraske, Krone, Krüger, Lemke, Frau Rehling, Röder, Scheufelen, Schröder, [Frau Schwarzhaupt], Stoltenberg, Süsterhenn.

Die politische Lage nach der Nominierung Erhards zum Nachfolger Adenauers als Bundeskanzler. Reform der CDU.

Beginn: 11.00 Uhr *Ende: 14.45 Uhr*

Adenauer: Meine Damen und meine Herren! Entschuldigt haben sich die Herren Wegmann, Lemmer, Kiesinger, Dr. Gurk und Frau Brauksiepe. Ich denke, was den Zeitpunkt angeht, wir fangen pünktlich an, und ich hoffe, daß wir gegen 2 Uhr fertig sein werden. Wir können dann eine kleine Stärkung zu uns nehmen. Jedenfalls nehme ich an, daß wir in diesen drei Stunden eine gute Arbeit leisten werden.

Ich möchte zunächst Herrn Altmeier Glück wünschen, aber nicht zu seiner Wahl in Rheinland-Pfalz, sondern dazu, daß er bei seinem Autounglück doch sehr viel Glück noch gehabt hat.[1] *(Lebhafter Beifall.)* Nach dem, was mir gesagt worden ist, war das doch eine schauderhafte Situation. Er hat also einen wirklich guten Schutzengel gehabt.

Dann hat Herr von Hassel vor einigen Tagen die Reife des Alters erreicht; er ist 50 Jahre alt geworden. Damit will ich nicht sagen, daß er schon ausgereift ist, aber er hat sich schon der Reife genähert. *(Beifall.)*

Die politische Lage nach der Nominierung Erhards zum Nachfolger Adenauers als Bundeskanzler

Ich möchte hier mit dem beginnen, was ich schon im Zweiten Fernsehen gesagt habe, von dem ich komme[2] und das ich Ihnen allen übrigens sehr empfehlen kann; denn es hat einen sehr guten Eindruck überall in der Bevölkerung gemacht.

---

1 Altmeier war am 28. März 1963 auf der Fahrt zu einer CDU-Wahlversammlung in Wörth am Rhein auf der Autobahn in der Nähe von Bruchsal verunglückt (FAZ vom 29. März 1963). – Zum Ergebnis der Landtagswahl am 31. März 1963 vgl. Nr. 9 Anm. 34.

2 Am 26. April 1963 (Terminkalender). Adenauer sprach sich gegen die Nominierung Erhards zum Kanzlernachfolger aus („Die Welt" vom 27. April 1963 „CDU soll nicht Wirtschaftspartei werden").

Als ich Sie, meine Freunde, zu der heutigen Vorstandssitzung einlud, war ich nicht der Auffassung, daß wir uns in dieser Sitzung vornehmlich mit der Frage befassen sollten, wer mein Nachfolger werden würde, sondern ich war der Auffassung, daß wir unsere Gedanken einmal zuwenden sollten den Bundestagswahlen im Jahre 1965. Zu dieser Auffassung bin ich gekommen aufgrund des Materials, das ich in meinen Urlaubsort Cadenabbia mitgenommen hatte und dort in Ruhe studieren konnte.[3]

In der Zwischenzeit ist nun die Frage, die ich eben angeschnitten habe, in einer – wenigstens für mich – überraschend schnellen Weise erledigt worden. Ich möchte Ihnen nun vorschlagen, nicht mehr darauf zurückzukommen, sondern diese Sache als das zu betrachten, was sie ist, nämlich eine von der überwiegenden Mehrheit der Bundestagsfraktion geschaffene Tatsache[4], die wir respektieren müssen. Ob man nun mit der Methode oder der Schnelligkeit, die zu diesem Ergebnis geführt hat, einverstanden war oder nicht, das darf jetzt keine Rolle mehr spielen. Wir stehen alle auf demokratischem Boden. Eine große Mehrheit hat diese Tatsache geschaffen. Wir respektieren das. So habe auch ich – obgleich Sie wissen, daß ich in einer Hinsicht anderer Anschauung war –, nachdem sich die Mehrheit der Bundestagsfraktion für Herrn Kollegen Erhard ausgesprochen hat, ihm sofort erklärt, daß ich ihm mit ganzer Kraft zur Verfügung stehe mit meinen Kenntnissen und Erfahrungen, kurz und gut, mit all dem, was er von mir wünsche. *(Sehr starker Beifall.)* Ich muß noch hinzufügen, Herr Kollege Erhard und die Mehrheit der Fraktion haben sehr nachdrücklich betont, daß die Stetigkeit unserer Politik gewahrt bleiben werde. Auch das ist von großer Bedeutung für unsere Anhänger, aber auch gegenüber dem Ausland. Wir müssen uns nämlich immer wieder klarmachen, daß wir Deutsche im Ausland nicht sehr beliebt sind, wenigsten nicht überall beliebt sind, und daß wir an uns tragen den Makel der Unstetigkeit, etwas, was ganz natürlich ist; denn Sie brauchen nur an die Jahre des Nationalsozialismus zurückzudenken, die doch auch für das uns bis dahin wohlgesinnte Ausland eine grauenvolle Überraschung darstellten. Auch keiner von uns hätte es damals für möglich gehalten, daß sich unser deutsches Volk in einen solchen – ich weiß keinen anderen Namen – Taumel des Nationalsozialismus mit allen seinen Schrecken verlieren würde.

Aus diesem Grunde ist die Stetigkeit der deutschen Politik von so großer Bedeutung. Glauben Sie mir – ich habe immer skeptisch den mehr oder weniger freundlichen Erklärungen von Staatschefs oder Regierungschefs anderer Länder gegenübergestanden –, ein Grund für diese Erklärungen ist zu suchen in dem Glauben an die Stetigkeit des deutschen Volkes und die Stetigkeit seiner Politik. Nun, ich bin davon überzeugt, es wird bei dieser Stetigkeit bleiben, vorausgesetzt, daß wir die Bundestagswahlen

3 Adenauer war vom 16. März bis 19. April in Cadenabbia (BUCHSTAB: Cadenabbia S. 71–73).

4 Sitzung des Fraktionsvorstands am 22. April 1963 (ACDP VIII-001-1504/1) und der CDU/CSU-Fraktion am 23. April 1963 (EBD. 1009/2). In der Fraktionssitzung wurde Erhard mit 159 gegen 47 Stimmen bei 19 Enthaltungen zum Kanzlerkandidat gewählt. – Vgl. KOERFER S. 742–744; SCHWARZ: Adenauer 2 S. 836–838.

im Jahre 1965 gewinnen. Gerade deswegen, meine Freunde, ist die Bundestagswahl im Jahre 1965 nicht nur für unsere Partei, sondern auch für das deutsche Volk von außerordentlich großer Bedeutung.

Ich glaube nicht, daß unsere Partei besondere Anlagen hat, in der Opposition stark zu sein. Ich kann mir nicht helfen, ich habe noch den mildesten Ausdruck gewählt, der mir gerade im Augenblick zur Verfügung stand. Das ist auch nur zu natürlich, wenn Sie nämlich zweierlei bedenken, daß wir einmal nicht das Fundament der Gewerkschaften haben wie die Sozialdemokraten. Dieses Fundament haben wir nicht. Wir haben zweitens in unserer Partei alle möglichen Richtungen und Schichtungen, Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Landwirte, wir haben den Mittelstand, wir haben Evangelische und Katholische, die doch alle zusammengefaßt und zusammengehalten werden müssen, wenn wir eine Partei bleiben wollen.

Der Erfolg ist natürlich ein sehr starkes Band, um eine Partei zusammenzuhalten, aber um so schlimmer ist der Mißerfolg für den Zusammenhalt einer Partei. Was nun die Sozialdemokratie angeht, so bin ich weit davon entfernt, etwa zu sagen, alles das, was die Sozialdemokraten in den letzten zehn Jahren über den Wandel in ihrer Gesinnung sagen, sei Heuchelei. Ich bin sogar davon überzeugt, daß ein Teil der sozialdemokratischen Führer – von den Geführten spreche ich in diesem Zusammenhange nicht – ehrlich glaubt, daß sie zwar früher nicht falsch gehandelt haben, geschweige denn dem deutschen Volke geschadet hätten, aber daß sie sich jetzt ihrer Überzeugung nach entsprechend verhalten. Wenn ich mir aus den letzten Tagen nur vor Augen halte, daß Herr Erler eineinhalb Stunden lang bei Kennedy[5] und Herr Brandt bei Herrn de Gaulle[6] gewesen sind, dann werde ich an ein Wort erinnert, das im Krieg 1870/71 Kaiser Wilhelm I. an seine Gattin depeschierte: Welch eine Wendung durch Gottes Fügung![7]

Nun wollen wir den lieben Gott mal beiseite lassen. Ich möchte demgegenüber sagen, daß nach meiner Auffassung der Dinge die Wandlung des Saulus zum Paulus ein sehr seltenes Ereignis in der Frühgeschichte der Christenheit war. Und ob es jetzt besser geworden ist, das möchte ich doch bezweifeln; denn ich glaube nun einmal nicht, daß auf einen Schlag zwei oder drei Millionen Menschen vom Saulus zum Paulus werden. Das kann und das werde ich nicht glauben. Hier liegt auch der Grund zu meiner ernsten Sorge, daß dann, wenn im Jahre 1965 die Sozialdemokratie die stärkste Partei und Fraktion werden sollte, Änderungen in der Politik auf innenpolitischem und auf außenpolitischem Gebiete unvermeidlich sein werden.

---

5 Am 25. April 1963 (AdG 1963 S. 10545 f.).

6 Am 24. April 1963 (Ebd. S. 10546).

7 Gemeint: Aufruf (Siegesdepesche) König Wilhelm I. vom 2. September 1870 nach der Kapitulation der französischen Armee bei Sedan. Letzter Satz: „Welch eine Wendung durch Gottes Führung!" (Edwin Evers: Brandenburgisch-Preußische Geschichte bis auf die neueste Zeit. Berlin 1892 S. 472).

Darin sind wir uns doch wohl einig, daß uns allein die Politik des Anschlusses an den freien Westen davor geschützt hat, vom Kommunismus verschlungen zu werden, und daß sie uns allein auch die Hoffnung beläßt, daß eines Tages Ostdeutschland in irgendeiner Form wieder als freies Volk zu uns zurückkehren kann.

Ich glaube, meine Freunde, daß wir, wenn wir im Jahre 1965 nicht wieder die Mehrheit bekommen, um die weitere Entwicklung des deutschen Volkes werden fürchten müssen. Deswegen können wir gar nicht früh genug daran gehen, einmal nachzuprüfen, wie es mit unserer Partei aussieht. Nun habe ich versucht, mir darüber ein Bild zu machen, während ich in Cadenabbia war. Nun, ich muß Ihnen sagen, das Bild war nicht schön. Es ist in der Presse, auch in der uns wohlwollenden Presse, immer wieder behauptet worden, der Streit innerhalb unserer Partei über die Kanzlernachfolgeschaft sei parteischädlich und bewirke den Rückgang der Wählerstimmen. Das ist nur zum Teil richtig.

Aber es stellt sich noch etwas anderes heraus, meine Freunde, und das ist sehr ernst und sehr bedauerlich. Auf diesem Zettel hier habe ich mir einmal die Ergebnisse der Landtagswahlen zusammenstellen lassen seit dem Jahre 1953. Sie wissen ja, daß wir bei den Landtagswahlen gegenüber den Bundestagswahlen jedesmal einen Rückgang zu verzeichnen hatten, daß aber die SPD ständig dabei zugenommen hat, bei der einen Wahl mehr, bei der anderen Wahl weniger. Ich darf Ihnen einmal die Zahlen vorlesen:

Bundestagswahlen	1953	1957	1961
CDU/CSU insg.	45,2 %	50,2 %	45,4 %
SPD insg.	28,8 %	31,8 %	36,2 %

Sie sehen daraus, daß die sozialdemokratischen Stimmen von 1953 an bis 1961 ständig gestiegen sind, während wir wieder auf das Jahr 1953 zurückgesunken sind. Woher kommt dieses ständige Steigen der sozialdemokratischen Stimmen, obwohl die SPD doch in der Opposition war und bis zum Jahre 1954/55 eine Politik getrieben hat, die sie heute als falsch ansieht und nicht getan haben möchte? Ich meine jetzt das, was mit dem Anschluß an den freien Westen zusammenhängt.

Wenn man aufs Ganze sieht, dann ist es der Sozialdemokratie gelungen, die kleineren Parteien mit Ausnahme der DP und der FDP – die FDP hat eine ziemlich konstante Ziffer, allerdings ist sie 1961 gestiegen[8] – in sich aufzunehmen. Das gilt insbesondere auch von den BHE-Stimmen. Das ist kein Wunder, wenn man sich klarmacht, daß sich die Sozialdemokratie immer dargestellt hat als die Partei für die Armen und Minderberechtigten, kurz und gut, als die Partei für die minderen Klassen. Ich glaube, menschlich ist es ganz verständlich, daß sich die Leute vom BHE, die

8 Die FDP erreichte bei den Bundestagswahlen 1953 9,5 %, 1957 7,7 % und 1961 12,8 % der Zweitstimmen.

mehr oder weniger alles verloren hatten, viel mehr angezogen fühlten als von einer Partei wie der unsrigen, die in ihren Reihen die Bauern hatte, die kein Land hergeben wollten, vielleicht auch nicht konnten, für die Flüchtlinge und Vertriebenen, und wie wir überhaupt in der Öffentlichkeit standen als diejenigen, die von der Industrie die großen Verdienste einheimsten, und geldlich unterstützt wurden.

Es hat also in diesem ersten Teil der Betrachtungsmethode die Sozialdemokratie unter Benutzung der jeweils gegebenen Denkungsart verstanden, einen großen Teil dieser Menschen an sich heranziehen. Und dann hat die Sozialdemokratie, die – man kann sonst über sie sagen, was man will – in der Parteitaktik und bei der Überlegung ihrer Entwicklung hervorragend ist, eingesehen, daß sie die Mehrheit im Bundestag mit ihrer bis dahin getriebenen Politik nicht erreichen werde und deshalb einen Einbruch machen müsse in die sogenannten bürgerlichen Schichten. Das hat sie getan durch ihr Godesberger Programm[9], das in vieler Beziehung eine völlige Abkehr von den bis dahin geltenden sozialistischen Grundsätzen mit sich brachte. Das Godesberger Programm hat eine größere Anziehungskraft im Laufe der Jahre erreicht, als wir es jedenfalls seinerzeit für möglich gehalten haben.

Wenn Sie sich nun das Bild der Sozialdemokratie im Bundestag ansehen, so sitzen vorne in der ersten Reihe die Herren Carlo Schmid[10], Möller, Deist und noch einige andere; alles respektable Leute. Ich wünsche, ich hätte die Hälfte des Einkommens, das diese Leute haben. Die machen damit einen gewissen Eindruck auch bei den bürgerlichen Schichten. Und dieser Einfluß bei den bürgerlichen Schichten ist sehr wichtig für uns.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch etwas sagen. Ich spreche sehr offen. Wir sind ja relativ vertraulich hier; zu einer absoluten Vertraulichkeit ist der Mensch nicht geschaffen. Wir hatten seinerzeit Herrn Potthoff[11] nominiert für eine Stelle in der Montanunion. Herr Potthoff erkrankte und wollte ausscheiden. Ich hatte ihn gebeten, noch so lange zu bleiben, bis wir einen guten Ersatzmann für ihn fänden. Ich habe dann die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften gebeten, uns für Herrn Potthoff einen Herrn zu nennen. Es kam aber kein vernünftiger Vorschlag, sondern es wurden einige Namen genannt, die unmöglich waren. Als ich dann Herrn Potthoff sagte, seine Partei könne einfach keinen geeigneten Mann nominieren, gab er mir eine verblüffende Antwort; denn er sagte mir: Diese Leute innerhalb der SPD oder der Gewerkschaften, die für eine solche Stellung in Frage kommen, haben so große Einkünfte, daß sie nicht mehr nach Luxemburg gehen. – Aus diesem Beispiel ersehen Sie, daß die Sozialdemokratie in sich zahlreiche Leute birgt, die ein dickes Portemonnaie haben.

---

9 Vgl. Nr. 2 Anm. 15.

10 Dr. Carlo Schmid (1896–1979), 1949–1972 MdB (SPD). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 189 Anm. 45; Petra WEBER: Carlo Schmid 1896–1979. Eine Biographie. München 1996.

11 Dr. Heinz Potthoff (1904–1974), SPD, bis 1950 Ministerialdirektor im Wirtschaftsministerium NW, 1952–1963 Mitglied der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, 1966–1970 MdL NW.

Und bürgerliche Leute zieht das manchmal an; denn sie sagen sich, eine Partei, die so handelt und so ihre Leute versieht, kann nicht mehr gefährlich sein. Das ist nach meiner Meinung einer der Gründe, warum der Sozialdemokratie der stetige Aufstieg gelungen ist.

Es kommt ein weiterer Grund hinzu. Die Sozialdemokratie versucht, sehr enge Beziehungen mit dem hohen evangelischen und katholischen Klerus zu unterhalten. Wie ich höre, hat sie vor einiger Zeit ein ganztägiges Konveniat mit prominenten Klerikern der evangelischen Kirche abgehalten.[12] Ich glaube nicht, daß wir so etwas gehabt haben, meine Damen und Herren. Nun ist einmal im Vorstand der SPD referiert worden über das Verhältnis der katholischen Bischöfe zur Sozialdemokratie. Nun habe ich durch einen glücklichen Zufall eine Niederschrift dieser Diskussion in die Hände bekommen. Ich habe mir erlaubt, eine weitere Abschrift davon katholischen Bischöfen zu übersenden.[13]

In diesem Referat, das im Vorstand der SPD gehalten worden ist, sind drei Kategorien von katholischen Bischöfen aufgeführt, und zwar eine Kategorie – das war die kleinste –, an ihrer Spitze Kardinal Frings[14], die die SPD absolut ablehnt; eine Kategorie – das war eine relativ sehr große Menge –, die ausgezeichnet wurde mit dem Prädikat, daß man als Sozialdemokratie mit diesen Bischöfen sprechen könne, und eine Kategorie – auch sehr klein –, die ausgezeichnet wurde mit dem höchsten Prädikat, daß man nämlich sehr gut mit diesen Bischöfen sprechen könne.

Wenn Sie daran denken, daß doch der Standpunkt der Sozialdemokratie gegen religiöse und konfessionelle Fragen in früherer Zeit ein Hauptbestandteil ihres ganzen Aktionsprogrammes war, daß sie aber heute systematisch beschäftigt sind, diese Mauer abzubauen, dann erkennen Sie, daß dort eine weitere Quelle des Zuzuges von Wählerstimmen für die Sozialdemokraten liegt. Die größte Gefahr für unsere Partei erblicke ich also in diesem ständigen Steigen der sozialdemokratischen Stimmen bei den letzten drei Bundestagswahlen. Nun habe ich für mich allein mir diese Meinung gebildet, und das birgt die Gefahr in sich, daß man die Dinge einseitig sieht, aber diese drei Punkte, die die Ursachen sind für das ständige Steigen der sozialdemokratischen Stimmen, müssen von uns sehr gut untersucht werden. Wir müssen dementsprechende Maßnahmen treffen.

Nun kommt noch eine weitere Gefahr im Hinblick auf die Bundestagswahlen im Jahre 1965 auf uns zu. Am Sonntag und Montag sind in Italien die Wahlen.[15] Dort

12 Hinweise zum Verhältnis SPD und evangelische Kirche bei SOELL S. 857 Anm. 167, S. 8690 Anm. 188; vgl. auch „Bonner Rundschau" vom 15. März 1963.

13 Nicht ermittelt.

14 Josef Kardinal Frings (1887–1978), 1942–1969 Erzbischof von Köln, 1945–1965 Vorsitzender der Fuldaer Bischofskonferenz, seit 1946 Kardinal. Memoiren: Für die Menschen bestellt. Köln 1973; Norbert TRIPPEN in ZEITGESCHICHTE 7 S. 143–160.

15 Am 28. und 29. April 1963. Vgl. Nr. 9 Anm. 30.

sind sämtliche Wahlen auf diese beiden Tage gelegt, und zwar angefangen von den Kommunalwahlen bis zu den Parlamentswahlen. Der Wahlkampf in Italien spielt sich fast ausschließlich auf den Fernsehschirmen in den Häusern ab. Bei einem so lebhaften Volke, wie es die Italiener von sich aus sind, ist das ungemein bemerkenswert. Sie müssen damit rechnen, daß bei den Bundestagswahlen im Jahre 1965 zwar noch hier und da große Versammlungen stattfinden, um die Parolen auszugeben, aber daß sich der Hauptteil des Wahlkampfes auf dem Fernsehschirm abspielen wird. Und auf diesem Gebiet haben wir bis jetzt keine Lorbeeren zu pflücken.

Sie wissen genau, wie das Erste Fernsehen eingestellt ist. Mit dem Zweiten Fernsehen scheint es besser zu sein. Aber auch hier bahnt sich für die Bundestagswahlen im Jahre 1965 eine Entwicklung an, die wir nicht sorgfältig genug beobachten können und der wir ständig entgegenwirken müssen. Wir müssen mindestens so viel auf dem Fernsehschirm unsere Sache vertreten, wie das auch die Sozialdemokraten tun. In Cadenabbia haben mich verschiedene Leute sowohl vom Ersten Fernsehen wie auch vom Zweiten Fernsehen besucht.[16] Die vom Ersten Fernsehen haben mir gesagt: Ihr schimpft dauernd auf uns, aber ihr tut ja auch nichts! Ihr kommt ja gar nicht! Ihr präsentiert euch nicht im Fernsehen! – Ich meine, daran ist etwas Richtiges. Wenn ich z. B. dann hier in Bonn gehört habe, daß sich Bundesminister, die zu uns gehören, weigern, vor dem Fernsehschirm zu sprechen, dann muß ich sagen, das dürfen sie nicht, und das können sie nicht.

Ich muß gleichzeitig sagen, meine Damen und Herren, daß die Bundesgeschäftsstelle bisher keine besondere Abteilung für das Fernsehen hat. Sie hat nur einen halben Mann dafür abgestellt, mehr nicht! (*Dufhues:* Einen Mann!) Herr Dufhues sagt mir jetzt, einen Mann. Nun, das Fernsehen wird – aber nicht nur in den letzten Wochen vor der Wahl – für die Wahlen im Jahre 1965 die entscheidende Rolle spielen. Dem müssen wir doch ins Auge sehen. Dementsprechend müssen wir auch rechtzeitig handeln. Wie mir die Zeitungen bestätigen, war ich noch nie so aktiv gegenüber der Presse wie in Cadenabbia.[17] Das ist mit ein Grund für meine Ausführungen, und deswegen komme ich jetzt zum Zweiten Fernsehen. Ich habe auch schon vor dem Ersten Fernsehen gestanden. Wir müssen dahin, meine Herren! Wir müssen überall hin! (*Zurufe:* Sehr richtig!) Auch hier sehen Sie einen Unterschied zwischen dem deutschen Volke und dem französischen Volke. In Frankreich kommen auf tausend Einwohner nur halb so viel Fernsehapparate wie in Deutschland. Woher kommt das? Schließlich ist das gleichgültig, nur ist die Tatsache nicht gleichgültig, daß das Fernsehen, weil es bei uns eine so große Verbreitung hat, für politische Entscheidungen – ich gebrauche den Ausdruck absichtlich – von denkbar größter Bedeutung ist.

16 Am 26. März 1963 ZDF, am 9. April 1963 ARD (Buchstab: Cadenabbia S. 72 f.)
17 Vgl. Ebd. S. 72.

Reform der CDU

Damit komme ich zu unserer Bundesgeschäftsstelle. Ich habe mir von der Bundesgeschäftsstelle ihren Organisationsplan erbeten. Ich kann nicht zugeben, daß mich dieser Organisationsplan begeistert hätte. Ich suche gerade nach dem Zettel, den ich mir in Cadenabbia darüber angefertigt habe, was alles da nicht ist. Es ist z. B. keine Abteilung da für die Frauen. (*Rehling:* Doch, ein eigenes Frauenreferat!) Ein eigenes Frauenreferat ist mir viel zu wenig. Ich möchte eine ganze Abteilung für die Frauen haben. Die Frauen stellen mehr als 50 % unserer Wähler. Da genügt ein Referat nicht. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Ich könnte Ihnen noch andere solche Sachen aufführen. Ich finde auch kein Jugendreferat. Die Junge Union ist erstens nicht dabei, und zweitens repräsentiert die Junge Union nicht die Wähler. (*Zuruf:* Sehr richtig!) Das ist doch nicht zu bestreiten. Wir müssen zeigen, daß wir auch für die gesamten Jugendfragen in unserer Geschäftsstelle ein sehr offenes Herz haben und mit unserer Arbeit dafür zur Verfügung stehen, meine Damen und Herren. Wir werden ja sicher im Laufe der Diskussion noch darauf zu sprechen kommen, was wir noch haben müssen. Auch was die Presse angeht, so hat sich nichts geändert. Es sind mehrere Leute da, aber die Presse ist schlecht. Der Rundfunk ist schlecht. Das Fernsehen ist schlecht. Das ist gar nicht zu bestreiten.

Ich möchte Ihnen vorschlagen, daß wir heute drei Männer bestimmen, die einmal unter diesen modernen Gesichtspunkten des Fernsehens, der immer größeren Beteiligung der Frauenwähler und der Jugendwähler, aber auch hinsichtlich dessen, was wir der Öffentlichkeit ständig klarmachen müssen, prüfen sollen, was hier noch geschehen kann und geschehen muß. Ich darf dabei sagen, daß ich mit keinem der drei Herren, die ich jetzt für diese Kommission benennen möchte, und auch mit niemand sonst darüber gesprochen habe. Sie, Herr Stoltenberg, sind nach meiner Meinung jetzt ein so ausgebildeter Professor[18], daß Sie sich dieser Arbeit widmen können, nämlich einmal die Organisation der Bundesgeschäftsstelle nachzuprüfen. Bitte sagen Sie nicht nein, oder nennen Sie einen Ersatzmann. Ich bitte dann weiter zu überlegen, ob Herr Barzel hier zusammen mit Ihnen mitmachen kann. Herr Barzel ist als Minister nicht voll ausgelastet.[19] *(Lebhafte Heiterkeit.)* Ja, meine Damen und Herren, man darf doch noch Tatsachen feststellen. Ferner bitte ich Sie, auch zu überlegen, ob wir Herrn Kliesing[20] noch dazunehmen. Herr Kliesing gehört nicht mehr zur Jugend, aber auch

18 Habilitationsschrift: Politische Strömungen im schleswig-holsteinischen Landvolk: 1918–1933. Ein Beitrag zur politischen Meinungsbildung in der Weimarer Republik (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 24). Düsseldorf 1962.

19 Barzel war seit 14. Dezember 1962 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen (Datenhandbuch 1 S. 308).

20 Dr. Georg Kliesing (1911–1992), Gymnasiallehrer; 1953–1976 MdB (CDU), 1958–1977 Mitglied des Europarates und der Versammlung der Westeuropäischen Union (WEU), 1961–1966 Vorsitzender des Verteidigungsausschusses der WEU, 1963–1964 Präsident der NATO-Parlamentarierkonferenz. – Horst Ferdinand: Georg Kliesing (1911–1992). In: Rheinische Lebensbilder 14 S. 293–310.

noch nicht zum Alter. Er steht den kleinen ländlichen Verhältnissen näher und wohnt in der Nähe.

Nun meine ich nicht, Herr Stoltenberg – ich richte mich direkt an Sie –, daß das eine Arbeit von Jahrzehnten sein soll, sondern das ist nach meiner Meinung eine Arbeit von wenigen Monaten. Die drei Herren dieser Kommission werden dann nach der Prüfung sagen können: Das und das ist gut, das und das ist nicht gut, das muß so und das andere muß so geändert werden. – Ich wünsche also nur, daß einmal drei Männer diese Dinge untersuchen. Ich bin aber auch gern bereit, eine Frau hinzuzunehmen. Sie winken schon, Frau Schwarzhaupt! Nun weiß ich aber nicht, ob ablehnend oder zustimmend. Ich bin der Meinung, daß für die Volksgesundheit viel mehr Raum als bisher geschaffen werden muß in der Bundesgeschäftsstelle, denn die Volksgesundheit überhaupt spielt eine immense Rolle bei der Bevölkerung. Nun brauchen Sie ja nicht sofort zu sagen, da muß nun der oder der hin. Das ist nicht nötig. Aber ich bitte Sie, sagen Sie nicht nein. Sehen Sie sich die ganze Institution einmal unter dem Gesichtspunkt der neueren Entwicklung, die wir erlebt haben, an.

Ich möchte nun an meine Freunde von der Landwirtschaft noch ein Wort richten. Ich habe gestern mit dem Herrn Bundespräsidenten über die Landwirtschaft und die Bundesgeschäftsstelle gesprochen. Er hat mir gesagt, in der Bundesgeschäftsstelle sei nach der Auskunft von Herren, die er dorthin geschickt habe, nichts vorhanden, was die Landwirtschaftsfrage wirklich einer Lösung näherbringen könne. Die Landwirte sind doch mit ein Hauptbestandteil unserer Wähler, und die müssen wir doch betreuen, aber nicht nur durch gelegentliche Gesetzentwürfe oder durch den Grünen Plan, sondern wir müssen ihnen ständig zu helfen suchen. Die Landwirte müssen wissen, daß sie auf der Bundesgeschäftsstelle ein offenes Gehör und Verständnis finden. Das ist der eine Punkt, der mir sehr am Herzen liegt.

Nun komme ich zu dem zweiten Punkt, der mir auch sehr am Herzen liegt. Diejenigen von Ihnen, die schon seit langem im Bundesvorstand sind, werden sich vielleicht daran erinnern, daß wir seinerzeit darüber diskutiert haben, ob der Bundesgeschäftsführer eine gehobene Stelle bekleiden müsse, ob er auch Abgeordneter sein solle, etwa in der Art, wie das bei den anderen großen Parteien in der Welt überhaupt üblich ist, wo der Geschäftsführer der Bundeszentrale auch eine politische Figur von Bedeutung ist. Wir haben uns damals entschlossen, zu dieser Frage nein zu sagen. Wir wollten das nicht. Ob das damals besonders klug war, das weiß ich nicht. Jedenfalls wäre es jetzt nicht klug, wenn wir vor dieser Frage die Augen schlössen. Es kann kein Bundesgeschäftsführer eine wirklich gute Arbeit leisten, wenn er nicht mitten im fließenden Strom der Politik drinsteht. Sonst kann er das einfach nicht, weil er davon unberührt bleibt, namentlich dann, wenn er mit seiner Tätigkeit auf acht Häuser verteilt ist.[21] (*Dufhues:* Zehn sind es!) Also, sogar auf zehn Häuser! Es ist schade, daß Herr von Brentano uns verlassen hat; er hätte meinetwegen die Zigarette auch hier rauchen können, wenn er dafür hier geblieben wäre. Es ist

21 Dazu KLEINMANN: CDU-Geschichte S. 259–261.

auch klar, daß zwischen der Bundesgeschäftsstelle und der Fraktion eine sehr enge Zusammenarbeit stattfinden muß; denn sonst leidet entweder die Bundestagsfraktion oder die Bundesgeschäftsstelle, und damit leidet der Einfluß der Bundesgeschäftsstelle auf die gesamte Partei. Ich bitte Sie also, sich auch diese Frage einmal durch den Kopf gehen zu lassen.

Ich bin weiter der Auffassung, daß das Parteipräsidium, das wir gemacht haben, keinen Schuß Pulver wert ist. Es tut mir leid, aber ich bin ja der Vorsitzende dieses Gremiums. Ich habe diesen Angriff also gegen mich und relativ wenige Personen gerichtet. (*Heiterkeit und Unruhe. – Dufhues:* Das war nicht sehr fein!) Herr Dufhues meint, es wäre nicht sehr fein gewesen. Nun, meine Herren, ich bin doch dabei gewesen. Ich will es Ihnen sofort beweisen. Einmal waren die Sitzungen des Polizeipräsidiums ... *(Stürmische Heiterkeit.)* Wäre es doch ein Polizeipräsidium, dann wäre ich zufrieden, aber das ist es ja eben nicht. Einmal waren die Sitzungen des Parteipräsidiums sehr schlecht besucht. Zweitens: Wer ist da drin? Ich bin drin, dann sind da drin die Herren Erhard, Dufhues, Gerstenmaier, Blank und von Hassel. (*Zuruf:* Und Herr von Brentano!) Nein, Herr von Brentano ist nach dem Parteistatut nicht drin; er ist nur als ständiger Gast dabei. Kurz und gut, ich will Ihnen sagen, worauf ich hinaus will. Dieses Präsidium hat zu wenig Fühlung mit dem, was in der gesamten Bevölkerung, also auch in den Ländern, geschieht. Wir können keine vernünftige Parteipolitik betreiben, ohne die engste Fühlungnahme mit den Landesparteien. Und das tut doch dieses Präsidium nicht. Besehen Sie sich doch einmal die Zusammensetzung! Die Herren sehen die Dinge nur unter dem Gesichtspunkt der Zentrale. Und das halte ich für falsch. Herr von Hassel ist zur Zeit noch Landesvorsitzender. (*Von Hassel:* Er bleibt es auch!) Er bleibt es. Dann kommen Sie in eine Kollision mit Ihren Pflichten als Bundesminister. Diese oberste Spitze der Partei muß mehr Verbindung haben mit dem, was draußen im Lande geschieht außerhalb der Bundesregierung und außerhalb des Bundes. Sie muß Kontakt haben mit dem, was in den Landesparteien geschieht. Das halte ich für eine absolute Notwendigkeit, wenn wirklich da Leben entstehen soll.

Es ist nach meiner Meinung nötig, zwischen der Bundesgeschäftsstelle und der Bundestagsfraktion eine enge Zusammenarbeit herbeizuführen. Je nachdem, wie das Gutachten über die Bundesgeschäftsstelle ausfällt, wird es auch nötig sein, daß ein Bundestagsabgeordneter in die Bundesgeschäftsstelle hineinkommt, und zwar an der richtigen Stelle. Er wird über den Geschäftsführer gesetzt werden müssen, nicht als Obergeschäftsführer, aber er müßte dahin kommen, damit diese enge Verbindung entstehen kann.

Sie werden jetzt allmählich genug Reformvorschläge von mir gehört haben, aber ich möchte Ihnen sagen, daß ich mich dazu gedrängt fühle, aus den Erkenntnissen, die ich während meines Aufenthaltes in Cadenabbia beim Studium der ganzen parteipolitischen Lage gewonnen habe. Ich glaube nicht, daß Sie, wenn Sie sich das einmal in Ruhe überlegen, eine gewisse Berechtigung meinen Vorschlägen absprechen können.

Es bleibt bestehen, daß die Sozialdemokratie in der Zahl der Wählerstimmen ständig gewachsen ist. Es bleibt bestehen, daß das Fernsehen von der Bundesgeschäftsstelle nur dann mit dem nötigen Stoff versehen und von den entsprechenden Persönlichkeiten – die nicht nur aus der Bundesgeschäftsstelle zu kommen brauchen – besucht werden kann, wenn die Bundesgeschäftsstelle mitten im akuten Fluß der Ereignisse steht. Das sind alles Fakten, die beachtet werden müssen. Glauben Sie mir, ich habe sie mir sehr gründlich und sehr gut überlegt, ehe ich sie Ihnen heute vorgetragen habe.

Nun habe ich von Ihnen, Herr Kollege Johnen, einen Bericht über die Arbeit im Rheinland erhalten.[22] Ich habe diese Berichte jedesmal bekommen. Daraus ergibt sich die Misere, die in einzelnen Landesverbänden – nicht in jedem Landesverband, auch nicht in ganzen Flächen eines Landesverbandes – besteht. In dem Bericht von Nordrhein ist nun interessant zu sehen, wie unterschiedlich die Versammlungstätigkeit in den Kreisverbänden ist. Ich darf Ihnen folgende Übersicht geben:

	Okt. 1962	Nov. 1962	Dez. 1962
Köln Stadt:			
Versammlungen	61	49	35
Teilnehmer	1.754	1.455	1.544
Bonn Stadt:			
Versammlungen	6	3	1
Teilnehmer	142	67	55

Bonn hat immerhin 150.000 Einwohner. Ich kann nicht zugeben, falls einer von Ihnen auf den Gedanken kommen sollte, die Sitzungen des Bundestages seien so attraktiv und belehrend, daß Bonn keine Versammlungen mehr nötig hätte. Das wäre ein sehr großer Irrtum.

In Düren waren in den Monaten Oktober, November und Dezember überhaupt keine Versammlungen. Auch in Erkelenz war in den gleichen Monaten keine einzige Versammlung. In Geilenkirchen-Heinsberg waren in diesen drei Monaten nur zwei Versammlungen mit zusammen 115 Zuhörern. Aber was soll ich Ihnen das alles vorhalten! Lassen Sie mich nur noch den Kreis Kempen nehmen. Im Kreis Kempen war in diesen drei Monaten ebenfalls keine einzige Versammlung.

Wenn ich nun übergehe zu den Einnahmen der Kreisverbände, zu den Mitgliederbeiträgen, so ist das auch nicht gerade ein besonders gutes Bild. Ich bin sehr froh, daß man von Ihrem Verband eine solch detaillierte Sache bekommt. (*Burgbacher:* Immer!) Unter Ihrem früheren Generalsekretär habe ich das nicht bekommen. (*Johnen:* Die waren nicht so eingehend!)

22 CDU Rheinland, Landessekretariat: Vierteljahresbericht über die Zeit vom 1. Oktober 1962 bis 31. Dezember 1962 (HStA Düsseldorf RWV 26 Nr. 1281).

Man muß doch seine Fehler zugeben. Ich gebe sie auch zu. Ich bekenne mich auch zu den armen Sündern. Wir haben alle Fehler. Die werden aber nicht in allen Verbänden gemacht. (*Burgbacher:* Nein!) Derartige Übersichten sind doch auch für diejenigen Herren, die sie anfertigen, außerordentlich lehrreich, denn sie zwingen doch zum gründlichen Nachdenken. Darum liegt mir so sehr am Herzen, daß die Landesverbände in eine engere Verbindung zur Bundespartei kommen.

Wenn ich z. B. heute in der Presse lese, daß die Finanzminister der Länder einfach alles abgelehnt haben, was der Bund will[23], so kann ich Ihnen nur sagen, eine derartige Manifestation ist auch für die Bundespartei ganz ungewöhnlich schädlich. Wenn die Finanzminister gesagt hätten, wir müssen darüber unsere Ministerpräsidenten unterrichten, und wenn dann eine Besprechung mit den Ministerpräsidenten stattgefunden hätte – wobei hoffentlich etwas Besseres herausgekommen wäre –, dann wäre das gut gewesen im Hinblick auf unsere Bundespartei. Aber was sollen denn die Leute denken – auch unsere Geldgeber –, wenn sie einen Beschluß in der Zeitung lesen, wonach die Finanzminister geschlossen abgelehnt haben, dem Bund irgendwelche Mittel zu geben.

Hier möchte ich Ihnen doch eines sagen, meine Damen und Herren. Als wir anfingen zu arbeiten, hatten wir keine Militärausgaben. Wissen Sie, daß jetzt die Verteidigungsausgaben über 20 Milliarden DM betragen? Das ist eine Sache, woran man damals überhaupt nicht dachte. Dabei haben die Ausgaben eine steigende Tendenz. Und das versichere ich Ihnen, wenn hier die Bundesregierung versagt in der Öffentlichkeit, dann haben Sie in den Ländern auch die Kosten dafür mitzubezahlen; denn Ihr Ansehen ist unser Ansehen, und unser Ansehen ist Ihr Ansehen.

Ich bin dazu gekommen, mich mit der Sache zu beschäftigen, weil ich in Cadenabbia Ausführungen gehört habe von Besuchern aus der CDU, und zwar von namhaften Persönlichkeiten, die von einem solchen Pessimismus im Hinblick auf die Wahlen im Jahre 1965 erfüllt waren, daß ich geradezu die Hände zum Himmel ausgestreckt habe. Diesen Pessimismus müssen wir vertreiben, und zwar auch dadurch, daß wir im Inneren unserer Partei eine Reform vornehmen.

Ich möchte noch ein Wort zu den Vorgängen sagen, die Ihnen wahrscheinlich nicht mehr im Gedächtnis sind. Der CDU hat man erst im Jahre 1950 gestattet, sich zu einer Bundespartei zusammenzuschließen, während die Sozialdemokraten von der englischen Regierung begünstigt wurden und vom ersten Augenblick an arbeiten konnten, wie sie wollten. Auf Betreiben der britischen Regierung und der amerikanischen Regierung ist uns Christlichen Demokraten verboten worden, wieder ins Leben zu treten. Sie haben nur den Sozialisten gestattet, wieder ins Leben zu treten. Aufgrund dieser Maßnahmen der Besatzungsbehörden ist die Sozialdemokratie damals so stark geworden. Aber wir haben mühselig unser Leben fristen müssen. Ich erinnere mich noch genau der Zeit, als im Rheinland Besatzungsoffiziere dazu

23 FAZ vom 26. April 1963 „Finanzminister der Länder lehnen Steuervorlage ab"; „Süddeutsche Zeitung" vom 26. April 1963 „Länder gegen höheren Bundesanteil".

aufgefordert haben, wieder die Zentrumspartei ins Leben zu rufen, nur damit unsere Partei nicht so groß werden sollte gegenüber der Sozialdemokratie.

An dieser Selbständigkeit der Landesparteien, an die Sie sich in den Jahren 1945 bis 1950 gewöhnt hatten und an der Sie heute noch hängen, leidet die gesamte Organisation der CDU. Deswegen sollen in dieses Präsidium Leute aus den Landesparteien hinein, und zwar in viel stärkerem Maße als bisher, damit man nicht nur – ich bitte Sie, diesen Ausdruck richtig zu verstehen – die Luft, die Bundestagsabgeordnete umweht, einzuatmen braucht, sondern auch weiß, wie es nun wirklich draußen im Lande aussieht.

Wir brauchen eine Bundesgeschäftsstelle, die auch den Landesgeschäftsstellen etwas geben muß, damit die Einheitlichkeit in unserer Partei viel stärker allenthalben zutage tritt, als dies bisher der Fall gewesen ist. Können Sie sich vorstellen, daß dann, wenn hier ein sozialdemokratischer Bundeskanzler säße, die sozialdemokratischen Länderfinanzminister es abgelehnt hätten, dem Bund überhaupt etwas zu bewilligen! Das ist doch ein unvorstellbarer Gedanke. Die Sozialdemokraten wissen genau und empfinden es auch, daß das Leben der Länder auch das Leben des Bundes, aber umgekehrt das Leben des Bundes das Leben der Länder bedeutet.

Nun stelle ich Ihnen gern, meine Damen und Herren, zur Diskussion, was ich ausgeführt habe.

Dufhues: Herr Bundeskanzler! Sie dürfen sicher sein, daß ich einer der aufmerksamsten Zuhörer Ihrer Ausführungen war, insbesondere bei den Vorschlägen, die Sie im Interesse der Reform der Bundespartei ins Auge gefaßt haben. Nun halte ich es für eine demokratische Art, zunächst einmal zuzuhören. Deshalb möchte ich jetzt zu dieser Frage nicht Stellung nehmen, wohl aber halte ich es für meine Pflicht, auf den ersten Teil Ihrer Ausführungen einzugehen.

Zum Beginn dieser Woche ist eine Entscheidung getroffen worden, die für die weitere Entwicklung unserer Partei von entscheidender Bedeutung ist. Es kann nicht meine Aufgabe sein, die Einzelheiten der Verhandlungen, der Entwicklung, der Überlegungen usw. noch einmal im einzelnen darzulegen. Sie haben ein derart brennendes Interesse in der Öffentlichkeit gefunden, daß jeder von Ihnen sicher darüber unterrichtet sein wird.

Meine Aufgabe kann es im Augenblick nur sein, zunächst einmal zu danken. Mein Dank gebührt unserem Parteifreund Heinrich von Brentano *(Beifall)* für die überzeugende Art, mit der er den ihm von der Bundestagsfraktion erteilten Auftrag aufgegriffen und dann in behutsamer Weise die Verhandlungen geführt hat, aber auch für die Festigkeit, mit der er eine Entscheidung herbeigeführt hat. Herr von Brentano! Nicht nur ich, sondern wir alle haben empfunden, wie sehr Sie in diesen Stunden durch die Schwere der Entscheidungen berührt worden sind und wie sehr Sie persönlich engagiert waren, nicht zuletzt im Hinblick auf die Verbundenheit, die zwischen Ihnen und den Beteiligten steht. Ihnen zu bestätigen, daß Sie der Christlich-Demokratischen Union durch Ihre Haltung und Vorschläge einen großen Dienst erwiesen haben, das scheint mir heute Bedürfnis und Aufgabe des Bundesvorstandes zu sein. *(Beifall.)*

Wenn Sie mich dazu ermächtigen, würde ich Sie bitten, Ihren Dank als Zustimmung zu den Entscheidungen zu werten, zumindest als eine Anregung zu einem entsprechenden Entschluß zu sehen.

Wir sollten vor allem Ihnen danken, Herr Bundeskanzler. Es ist heute nicht die Stunde, den geschichtlichen Rang und die große politische Bedeutung Ihres Handelns seit dem Jahre 1945 und die große geschichtliche Bedeutung all der Entscheidungen zu würdigen, die Sie unter schwierigsten Verhältnissen für Deutschland, für Europa und die Freiheit der Welt getroffen haben, die für alle Zeiten mit Ihrem Namen verbunden bleiben werden.

Ich hielte es für eine angemessene Form des Dankes, wenn Sie allen deutschen Hauptstädten die Gelegenheit gäben, sich von Ihnen zu verabschieden, zumal die Jugend dieser Städte und dieser Landschaften wird Ihnen dankbar bleiben über die jetzige Stunde hinaus.

Heute möchte ich Ihnen namens des Vorstandes danken für die Haltung, mit der Sie eine Entscheidung angenommen und bejaht haben, die Sie aus Gründen, über die Sie der Fraktion und dem Vorstand der Fraktion berichtet haben, nicht für richtig gehalten haben. Damit haben Sie eine Haltung bewiesen, die verbindlich ist für alle unsere Freunde, sich einzuordnen und unterzuordnen in Entscheidungen, die die Bundespartei und die Fraktion getroffen haben. Das ist in der Tat ein Vorbild, das bis in den kleinsten Winkel der Partei überzeugend bleiben wird.

Wir alle sollten uns in dem Bemühen einig sein, daß das Votum der Wahl des künftigen Bundeskanzlers bei unseren Parteifreunden betont und bewußt aufgenommen wird. Wir stehen vor einer schwierigen Entwicklung nicht nur für unsere Partei, sondern auch für das deutsche Volk insgesamt. Es kommt entscheidend darauf an, daß wir alle ganz bewußt die Entscheidung der Fraktion mittragen und unseren Freund Erhard bei der Erfüllung seiner Aufgaben nach Kräften unterstützen. *(Starker Beifall.)* In voller Einmütigkeit sollten Fraktion und Partei in den entscheidenden Fragen auch die künftige Politik bestätigen; denn wir sind uns einig darin, daß die bisherige Politik fortgeführt werden soll. Wir sind uns vor allem einig in der Konsequenz der Führung der bisherigen Politik, die mit den Namen Adenauer, Erhard und vieler unserer Parteifreunde und letztlich mit dem Namen der Christlich-Demokratischen Union verbunden ist.

Ich möchte Sie bitten, diese Einmütigkeit zu bezeugen und auch die Festigkeit zu beweisen, die die kommenden Jahre von uns verlangen. Das ist der wesentliche Sinn und Inhalt der Ausführungen, die ich als Geschäftsführender Vorsitzende der Partei für notwendig und richtig gehalten habe. *(Anhaltender, starker Beifall.)*

Johnen: Der Vorstand des Rheinischen Landesverbandes hat vorgestern getagt. Er hat einstimmig dem Vorschlag der Fraktion zugestimmt und sich damit einverstanden erklärt, daß in den nächsten vier Wochen eine Versammlungswelle im ganzen Landesverband durchgeführt wird, um die Öffentlichkeit von der Richtigkeit dieses Vorschlages zu überzeugen. Ich beginne am 9. Mai in Bonn mit einer Konferenz der Kreisvorsitzenden und ihren Vertretern, den Kreisgeschäftsführern und

den Vorsitzenden der Ausschüsse. Diese Konferenz wird als Hauptredner den Herrn Bundeskanzler haben. Wir beginnen in den nächsten Wochen mit Versammlungen in allen Kreisparteien, um damit wieder die Geschlossenheit der CDU nach außen hin zu dokumentieren.

Ich habe darüber hinaus den Auftrag, Herr Bundeskanzler, Ihnen zu danken, daß Sie nach der Abstimmung spontan Ihre ganze Unterstützung dem Herrn Minister Erhard zugesagt haben. Dieses Beispiel war sicher für alle Landesparteivorsitzenden ein Anlaß, nun auch ihrerseits alles zu tun, um die Richtigkeit dieser Auffassung zu bestätigen und durchzusetzen.

Schließlich möchte ich noch ein Wort des Dankes Herrn Schröder und Herrn Lücke sagen, die durch ihr Verhalten und ihre Haltung wesentlich zu dem Beschluß beigetragen haben. Das soll natürlich nicht die Tätigkeit der anderen Herren schmälern.

Stoltenberg: Wir stimmen Ihnen alle zu, Herr Bundeskanzler, daß das entscheidende Problem für die Partei der Anstieg der sozialdemokratischen Stimmen ist. Das zwingt uns, noch mehr als bisher uns mit dieser gefährlichen Erscheinung auseinanderzusetzen. Ich bin auch mit Ihnen der Auffassung, daß wir uns als Partei – das ist auch in der Bundestagsfraktion gesagt worden – zunächst einmal politisch auseinandersetzen müssen, was dieses neue Bild der SPD, daß sich zum Teil aus politischen und zum Teil aus taktischen Wandlungen zusammensetzt, für die deutsche Wählerschaft und die deutsche Politik bedeutet. Wir müssen hier also zu einer Analyse dieser neuen SPD kommen. Von dort aus werden wir dann zu einer geschlossenen Form der Auseinandersetzung mit ihr kommen müssen.

Im Augenblick zeigt unsere Partei darin eine große Unsicherheit. Die einen sprechen von der neuen Volkspartei mit einem gewissen Ton der Anerkennung und des Respekts in den eigenen Reihen, die anderen versuchen, mit den Methoden des Jahres 1955 diese Auseinandersetzungen zu führen. Ich halte es für entscheidend wichtig, daß wir uns systematischer als bisher auf die neue SPD nach Godesberg einstellen, um wirklich die fraglichen Punkte herauszufinden und sie dann in einer großen Gemeinsamkeit kritisch anzusprechen. Wir müssen systematisch die Schwächen dieser Partei deutlich machen und den Unterschied zu uns herausarbeiten. Ich würde zustimmen, daß zu diesem Zweck und in diesem Zusammenhang eine Überprüfung unserer eigenen Organisation notwendig ist, daß wir vor allen Dingen über unsere Bundesgeschäftsstelle diskutieren sollten. Wenn ein solcher Auftrag erteilt wird, dann bin ich gerne bereit, mich an dieser Arbeit zu beteiligen.

Wir sollten aber in erster Linie dieses Mandat dem Mann geben, der vom Bundesparteitag den Titel eines Geschäftsführenden Vorsitzenden bekommen hat. *(Starker Beifall.)* Er trägt ja für die Geschäftsführung eine besondere Verantwortung. Ich bin gerne bereit, einen solchen Auftrag mit zu übernehmen, aber ich bitte darum, ihn in erster Linie auf Herrn Dufhues zu erweitern. (*Zuruf:* Der hat ihn doch schon!) Ich bin der Überzeugung, daß das auch Ihrer Auffassung entspricht. Es darf in keiner Weise nach außen hin ein Mißverständnis entstehen. Zusammen mit Herrn Dufhues

und Herrn Barzel und vielleicht noch einem anderen Herrn aus unserem Kreise würde ich an diesem Auftrag gern mitarbeiten.

Wir sollten uns dann einige Wochen lang mit Herrn Kraske und seinen Mitarbeitern dieser Dinge annehmen und dabei auf die Überlegungen und Erfahrungen zurückgreifen, die Herr Dufhues gemacht hat.

Adenauer: Ich bin Ihnen sehr dankbar, Herr Stoltenberg, daß Sie das gesagt haben.

Scheufelen: Wenn wir die Bundesgeschäftsstelle kritisieren, dann müssen wir sagen, daß wir sie nicht anders gesehen haben als eine Wahlvorbereitungsmaschine. Wir haben sie aber selber in der ganzen Zeit so kurz gehalten, daß sie finanziell gar nicht in der Lage war, mehr zu machen. Sie war gar nicht in der Lage, sich die qualifizierten Leute zu holen, die man für eine solche Arbeit dringend benötigt.

Es muß hier einmal klar und offen ausgesprochen werden, daß zu einer vernünftigen publizistischen Arbeit Journalisten benötigt werden, die ein Mehrfaches von dem verlangen, was wir bisher zu zahlen bereit waren. Wir sind aber nunmehr aufgrund der Staatsmittel in der Lage, die Bundesgeschäftsstelle viel besser als bisher mit den erforderlichen Kräften auszustatten.

Nun muß man natürlich auch Herrn Kraske die Gelegenheit geben, seinerseits Vorschläge zu machen. Er und seine Leute haben sicher auch gewußt, woran es bisher gefehlt hat, aber bis jetzt waren ihnen doch die Hände gebunden. (*Zuruf:* Sehr richtig!) Deshalb sollten wir von den Erfahrungen, die diese Herren gemacht haben, auch Gebrauch machen.

Bei einer Reorganisation ist es üblich, daß man eine Reihe von Gutachten einholt und dann das beste daraus macht.

Zu Ihrem zweiten Vorschlag, Herr Bundeskanzler, das Parteipräsidium um die Landesvorsitzenden zu erweitern, möchte ich darauf hinweisen, daß das ungefähr dem engeren Vorstand entspricht, den wir bereits vor der Satzungsänderung gehabt haben. Das war praktisch nichts anderes. Das Parteipräsidium ist in zwei Jahren zweimal einberufen worden. Demgegenüber hat das neue Parteipräsidium den Vorteil, daß es viel öfter und regelmäßiger getagt hat. Ich darf auf diesen Tatbestand hinweisen, bevor wir einen Schritt tun, der auf etwas zurückgeht, von dem wir damals nicht allzuviel gehalten haben; denn sonst wäre es ja nicht geändert worden.

Adenauer: Lassen Sie mich auf diese letzten Ausführungen einige Worte sagen. Ich meine, wenn man früher einmal etwas vertan hat, sollte man es nicht unterlassen, einen weiteren Schritt zu tun. Es hat sich nach meiner Meinung wirklich gezeigt, daß wir etwas tun müssen. Es heißt doch immer – jetzt muß ich den häßlichen Ausdruck gebrauchen –, die da oben in Bonn sind doch viel zu weit entfernt von den politischen Vorgängen in den einzelnen Ländern. Umgekehrt sind aber auch die Parteien in den einzelnen Ländern, wenn sie nicht eine besondere Verbindung mit dem Bund pflegen, zu weit von uns entfernt.

Nun sind wir doch eine einzige große Partei, und weil der Kampf mit der Sozialdemokratie hart auf hart gehen wird, meine ich, daß wir schon jetzt mit

den Vorbereitungen für den Wahlkampf beginnen sollen. Und dazu sind doch die Landesvorsitzenden unentbehrlich.

Von Hassel: Herr Bundeskanzler! Lassen Sie mich zu dieser Frage ein paar Worte sagen, weil ich in den letzten Jahren aufgrund eines Auftrages des Parteitages in Kiel gemeinsam mit den Herren, die heute im Präsidium sind, und mit den Landesvorsitzenden versucht habe, das Thema und den Auftrag der Parteireform soweit wie möglich zu lösen.[24]

Wir haben mit den Landesvorsitzenden ein Konzept erarbeitet, das bei dem Vorschlag des geschäftsführenden Vorstandes sehr stark auf Ihre Anregung, Herr Bundeskanzler, zurückgeht.

Ich habe nun die große Befürchtung, daß wir, wenn wir heute wieder eine neue Parteireform beschließen und einleiten, draußen in der Publizistik einen sehr schweren Stand haben werden. *(Starker Beifall.)* Denn daraus wird man sehr schnell wieder alle möglichen Kombinationen ableiten.

Herr Scheufelen hat dargestellt, wie die finanzielle Lage bisher gewesen ist. Der Schatzmeister Prof. Dr. Burgbacher wird sagen können, daß die Schuld, die wir noch aus der Bundestagswahl des Jahres 1961 haben, eine siebenstellige Zahl ist.[25] Wir sind aber nicht nur in der finanziellen Frage eingeengt, sondern auch aus einem anderen Grund. Es ist für uns ungewöhnlich schwer, qualifizierte Mitarbeiter zu gewinnen, wenn diese sich ein Bild von der CDU machen und sehen, daß wir alle zueinander offenbar einen viel zu geringen Kontakt haben.

Wenn wir eine Bundesgeschäftsstelle aufbauen könnten, die finanziell stark fundiert ist und eine gute gemeinsame Arbeit ermöglicht, dann wird auch die Attraktion, in einem solchen Körper mitzuwirken, viel stärker sein. Herr Bundeskanzler! Es ist z. B. sehr schwierig, qualifizierte Journalisten als Mitarbeiter zu bekommen, wenn sie sehen, wie die Dinge insgesamt in der Presse ausschauen. Für sie ist es keine Visitenkarte, bei der Bundesgeschäftsstelle tätig gewesen zu sein, wenn sie daran denken, später einmal weiterzukommen.

Ich bitte darum, daß man diese Frage auch aus einer anderen Blickrichtung sieht. Das Präsidium ist in Dortmund gewählt worden.[26] Ich bin nicht bereit, nun heute zu sagen, wir ändern es wieder. Dann soll man beim nächsten Bundesparteitag, wenn wir wieder zur Wahl stehen, über meinen Freund Dufhues und über mich eine Entscheidung treffen und sagen: Ihr habt versagt.

Herr Bundeskanzler! Ich weiß, was Herr Dufhues, der sich zunächst um seinen eigentlichen Beruf als Anwalt kümmern muß, an Arbeitszeit für die Christlich-Demokratische Union opfert. Ich sehe, wie er landauf, landab, wenn er gerufen und gebeten wird, immer zur Verfügung steht. Ich mache kein Hehl daraus, Herr Dufhues, wir sind

24 Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 406 Anm. 42.

25 Bericht von Burgbacher und Kraske über die finanzielle Situation der Partei in der Sitzung des Präsidiums der CDU am 26. November 1963 (ACDP VII-001-053/1).

26 CDU, 11. Bundesparteitag S. 310–314 und S. 329 f.

zuerst ein bißchen um Sie herumgegangen. Wir hatten etwas Sorge, aber heute sind Sie als katholischer Christ im evangelischen Norden ein ausgesprochen gerngesehener Gast. Wir anerkennen die Arbeit, die Sie dort leisten. Ich glaube, Herr Bundeskanzler, daß Herr Dufhues aufgrund seiner Reisen, Begegnungen und Diskussionen in den Landesverbänden und in den Kreisverbänden fast ein lückenloses Bild der Situation zeichnen kann, die sich draußen in der gesamten CDU ergibt.

Ich nehme für mich in Anspruch, daß ich die Situation in den Ländern kenne. Ich bin bis heute Landesvorsitzender, und zwar bin ich in Schleswig-Holstein auf zwei Jahre gewählt, und nehme meinen Auftrag ernst. Ich weiß, daß das, was ich auf der Bundesebene zu tun habe, sehr stark begründet ist auf der Kenntnis, die ich aus meinem eigenen Land habe und die ich immer wieder auffrischen kann. Auch der Kollege Gerstenmaier ist sehr viel unterwegs, er sieht und hört viel und hat den Puls draußen in der Bevölkerung. Er sieht und weiß, was draußen los ist.

Beim Kollegen Erhard ist es ebenso. Auch Herr Blank ist landauf, landab unterwegs. Ich glaube also ganz bestimmt, daß dieses Gremium wirklich weiß, was draußen los ist.

Wir haben uns bemüht, um den Zusammenhalt der Christlich-Demokratischen Union zu bekommen und zu wahren, in der Konferenz der Landesvorsitzenden uns regelmäßig zu treffen. Ich bin davon überzeugt, daß wir durch unsere Begegnungen mit allen Landesvorsitzenden, die wir seit dem Jahre 1959 gehabt haben, der Verklammerung unserer Gesamtpartei ungemein gedient haben. Wir haben damals einige Schwierigkeiten gehabt und fragten uns, da es kein satzungsmäßiges Gremium war, ob man überhaupt die Landesvorsitzenden zu einem solchen Kreis zusammenschließen könne.

Herr Bundeskanzler! Sie sollten sich dieses Instrumentes der Konferenz der Landesvorsitzenden stärker bedienen, die in einer ungewöhnlich guten Weise zusammengearbeitet und dazu beigetragen haben, daß die CDU eine Bundespartei geworden ist, die ja nicht nur die Summe der Landesparteien darstellt.

Meine Bitte geht dahin, Herr Bundeskanzler, daß Sie über diese Frage einmal mit Herrn Dufhues und mir oder mit dem Präsidium sprechen.

Ich darf anregen, daß die drei Herren, die genannt worden sind, zusammen mit Herrn Dufhues die Sache machen. Ich darf aber gleichzeitig davor warnen, etwas Neues zu erfinden, weil wir damit mit Sicherheit Schwierigkeiten bekämen. Wir würden uns damit einer unmöglichen Diskussion in der Presse ausliefern, die doch nur auf eine solche Gelegenheit wartet. *(Beifall.)*

Adenauer: Es liegen noch verschiedene Wortmeldungen vor. Ich werde nachher darauf zurückkommen. Zunächst möchte ich Herrn von Hassel doch mit einigen Worten antworten.

Erstens haben Sie als Verteidigungsminister gar nicht die Zeit, die nötig ist, um alle diese Aufgaben zu erfüllen. Das werden Sie auch selbst noch sehen. Ich weiß, welch ungeheure Arbeitslast auf dem Verteidigungsminister liegt und in den kommenden Jahren liegen wird. Zweitens besteht doch bei Ihnen insofern ein großer Widerspruch,

als Sie von mir verlangen, ich solle die Konferenz der Landesvorsitzenden als ein Organ anerkennen. Ich will doch nur, nachdem in Dortmund das Präsidium eingesetzt worden ist, aus dem Kreis der Landesvorsitzenden Herren dazuhaben, genauso wie Herrn von Brentano, der als Vorsitzender der Fraktion leider Gottes nach diesem Dortmunder Statut auch kein geborenes Mitglied des Präsidiums ist. Auch er ist nur Gast. Und das ist auch nicht richtig.

Aber wenn ich jetzt etwas Neues tun will, dann sagen Sie: Damit erregen wir wieder eine allgemeine Unruhe. – Nun, meine Herren, ich will ja Unruhe erwecken in unserer Partei, denn ich möchte, daß wir die Bundestagswahlen im Jahre 1965 gewinnen. Das ist doch unser Hauptziel! Und da sehe ich einstweilen wirklich schlecht.

Barzel: Ich stimme den Herren Scheufelen und Stoltenberg zu. Was not tut, ist eine Präzisierung unserer Auffassung zur Sozialdemokratischen Partei. Darüber muß man ernsthaft nachdenken. Ich glaube auch nicht, daß wir uns nach den Beschlüssen von Dortmund eine neue Zuständigkeit geben sollten; denn wir sind ja nicht frei darin, weil in Dortmund die Satzung gemacht worden ist. Was wir auch an neuen Vorschlägen verwirklichten, es wäre ein Zurückgehen auf die Zeit vor Dortmund und würde als ein Mißklang gegenüber dem Geschäftsführenden Vorsitzenden Dufhues erscheinen. Und dazu bin ich nicht bereit. *(Beifall.)* Bevor wir also ein neues Gremium einsetzen, sollten wir die Gremien, die wir haben, beleben.

In einer Sitzung im November vorigen Jahres in Berlin hat der Bundesvorstand den Beschluß des Dortmunder Parteitages akzeptiert. Auf der Grundlage einer Studie von mir und von Herrn Gerstenmaier[27] wurde in Dortmund eine Kommission eingesetzt, die diese Dinge weiter bearbeiten sollte. In diese Kommission wurden gewählt die Herren Dufhues, Even, Martin, Stoltenberg und ich. Diese Kommission hat bisher noch nicht getagt. Dort wäre aber der richtige Platz und Ort, um diese Arbeiten durchzuführen.

Die organisatorischen Dinge sind bei dem Geschäftsführenden Vorsitzenden Dufhues in guten Händen. Der Hauptpunkt unserer Arbeit sollte aber nicht in den Organisationsplänen, sondern in der Auseinandersetzung auf geistigem und politischem Gebiete liegen. Über diese Frage sollten wir am besten mit Herrn von Brentano sprechen, denn er hat mit der Fraktion beschlossen, einen Arbeitskreis für aktuelle Ereignisse einzusetzen. Hier sollten also, soweit es geht, Partei und Bundestagsfraktion zusammenarbeiten.

In den Fragen der Organisation sind wir nicht frei; denn wir haben die Dortmunder Beschlüsse. Bevor wir also neue Gremien einsetzen, sollten wir die, die wir haben, stärker beleben. Die geistig-politische Auseinandersetzung könnte jetzt aufgegriffen werden, und es wäre gut, wenn wir bald an die Arbeit herangingen. Ich glaube, daß bei allen Kommissionen die Mitwirkung durch den Geschäftsführenden Vorsitzenden

27 Gemeint sind ein Vortrag von Gerstenmaier „Künftige Aufgaben der CDU" (CDU, 11. Bundesparteitag S. 184–197) und ein Gutachten von Barzel (vgl. Nr. 5 Anm. 49).

unbedingt gesichert sein muß, damit niemand auf der Welt in dieser Hinsicht auf falsche Gedanken kommen kann. *(Lebhafter Beifall.)*

Rehling: Herr Bundeskanzler! Zur Frauenarbeit könnten Ihnen Frau Jochmus und Frau Brauksiepe – leider sind beide nicht hier – einiges sagen, was in den letzten Jahren geschehen ist, um die Frauenarbeit zu aktivieren. Wir haben versucht, uns auf die vielfachen Interessen der Frauen draußen im Lande einzustellen und alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um sie für uns zu gewinnen.

Aber mir scheint wesentlicher als der organisatorische Aufbau der Frauen-Abteilung zu sein, daß man in der CDU einmal dazu käme, den Frauen etwas mehr Chancen zu geben. Dazu braucht man keine Studien-Kommission. Es ist eine Binsenwahrheit, daß die sozialistischen Parteien überall den Frauen mehr Chancen geben als wir, und zwar nicht nur in der Partei, sondern wir erleben das auch bei den gehobenen Stellungen im öffentlichen Dienst. Wir haben in den vergangenen Jahren mehrfach erhebliche Schwierigkeiten gehabt, wenn wir uns um die Beförderung von qualifizierten Frauen bemüht haben, auch in den Bundesministerien. Vor allem wäre es notwendig, Herr Bundeskanzler, daß die Partei für die Frauenarbeit mehr Geld zur Verfügung stellt.

Wir können von Westfalen aus sagen, daß wir die am besten durchorganisierte Frauenarbeit haben. Wir haben seit mindestens zehn Jahren dank der Einsicht des Landesvorsitzenden ein selbständiges Frauen-Referat in Dortmund mit einer hauptamtlichen Kraft. Unsere frühere Kollegin Frau Niggemeyer[28] hat sich seinerzeit dafür eingesetzt. Wir haben eine bis auf die untere Ebene durchorganisierte Frauenarbeit und bemühen uns, hier nun alles Erdenkliche zu tun. Aber wir haben immer die Schwierigkeit, die notwendigen Mittel zu bekommen. In diesem Punkte stehen wir der Jungen Union gegenüber sehr stark im Hintertreffen. Die Junge Union kann über den Landesjugendplan Mittel bekommen. Sie braucht bei ihren Veranstaltungen nur 25 % als Eigenleistung aufzubringen, während wir 75 % Eigenleistung aufbringen müssen und nur 25 % ersetzt bekommen. Dies ist natürlich eine wesentliche Behinderung für eine aktive Arbeit.

Man hat sich auch in der Bundesfrauenvereinigung überlegt, wie man an die Frauenorganisation herankommen kann. Am 21. März hat eine große Versammlung der Frauenorganisationen stattgefunden. Die Frauenorganisationen wurden vorher aufgefordert, bestimmte Fragenkomplexe, die man behandelt wissen wollte, der Bundesgeschäftsstelle mitzuteilen. Es standen dann die entsprechenden Referenten oder Abgeordneten zur Verfügung. Diese Begegnung ist sehr positiv verlaufen. Wenn gleich hinterher drei Vertreterinnen von Frauenorganisationen ihren Beitritt zur CDU erklärt haben, so muß ich sagen, ist das eine ganz positive Sache.

Das wird sicher fortgesetzt werden. Ich glaube, wenn wir diesen Kontakt weiter pflegen, werden wir auch draußen im Lande weiteren Boden gewinnen.

---

28 Maria Niggemeyer (1888–1968), Lehrerin; 1919–1933 Stadtverordnete in Unna (Zentrum), Mitgründerin der CDU in Unna und Mitglied des Kreistages, 1948–1949 Mitglied des Wirtschaftsrates, 1949–1961 MdB.

Krüger: Ich wollte zu der Frage, die der Herr Bundeskanzler hinsichtlich des BHE aufgeworfen hat, etwas sagen. Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß das Vertriebenen-Problem hier falsch gesehen wird. Man stand z. B. bei unseren Landesvorsitzenden auf dem Standpunkt, das Vertriebenen-Problem sei insbesondere durch die Entwicklung beim BHE erledigt. Das ist ein Irrtum, der sich für uns sehr kostspielig auswirken wird, wenn wir ihm weiter anhängen.

Ich bin auch nicht der Ansicht, daß die BHE-Stimmen überwiegend der SPD zugute gekommen sind. Das Hauptpotential aus dem Kreise der Vertriebenen – das haben die vergangenen Wahlen gezeigt – neigt überwiegend zu uns. Ich gebe zu, daß durch die soziale Abschwächung ein großer Teil der Vertriebenen, z. B. der Landwirte, nachher in die Fabrik gehen. Weil sie dort ständig mit den Gewerkschaftsfunktionären zusammenkommen, kann dadurch ein gewisser Umschwung eintreten. Aber bis heute besteht doch noch immer eine überwiegende Meinung zur CDU hin.

Wenn man die Ergebnisse der Bundestagswahl von 1961 nimmt, so ist daraus überhaupt nicht der Schluß zu ziehen, daß die Stimmen von uns weggegangen sind. Es sind 4 % gewesen. Wir wissen, daß die Wähler, die 1961 von uns weggegangen sind, in ganz anderen Kreisen zu suchen sind als bei den Vertriebenen und Flüchtlingen.

Herr Dufhues hat in der Konferenz der Landesvorsitzenden einen ausgezeichneten Bericht über seine bisherige Arbeit gegeben und dabei zum Ausdruck gebracht, daß 35 % der Wähler eine Schicht darstellen, die immer ungewiß in ihrer Entscheidung ist. Sie dürfen überzeugt sein, daß in dieser Schicht von 35 % überwiegend Vertriebene und Flüchtlinge sind, die sich noch nicht entschieden haben.

Es geht also darum, daß man sich in der Zukunft gerade um diesen Personenkreis bemüht. Ich möchte die Landesvorsitzenden bitten, diese Bestrebungen nach Möglichkeit zu unterstützen. Es ist nicht schön, wenn der Landesverband Oder-Neiße sich für Versammlungen zur Verfügung stellt, aber auf zwei Schreiben an einen Landesvorsitzenden überhaupt keine Antwort erfolgt. Das ist doch ein Stil, der zeigt, wie falsch man das Problem der Vertriebenen und Flüchtlinge sieht.

Ich möchte deshalb noch einmal die Anregung aussprechen, wir stehen mit unseren Leuten zur Verfügung, um in allen Beratungen und Versammlungen mitzuwirken. Wir haben den Landesvertriebenenausschuß schon über zehn Jahre. Die SPD hat diesen Ausschuß in den letzten beiden Jahren auch eingeführt, ein Zeichen dafür, daß man dort bis dahin die Wertung dieses Potentials völlig verkehrt gesehen hat. Man weiß also, daß man diesen Personenkreis nicht vernachlässigen darf, wenn man die künftigen Wahlen gewinnen will.

Ich bedaure sehr, daß viele unserer Kollegen in den einzelnen Ländern in den neutralen Verbänden nicht vertreten sind. Ich sehe darin eine große Gefahr. Sie müssen sich bemühen, in diese Verbände hineinzukommen, und versuchen, dort einen maßgebenden Posten zu erreichen. Gerade mit dem Rückgang des BHE ist diese Möglichkeit gegeben. Es ist interessant, daß der bisherige BHE-Vorsitzende Dr. Kimmel sein Amt niedergelegt hat. Nun ist eine Persönlichkeit gewählt worden, die

bisher überhaupt nicht bekannt war.[29] Gerade jetzt, wo der BHE in manchen Ländern um seine Existenz kämpft, ist es Zeit, mit unserer Arbeit zu beginnen. Ich bin davon überzeugt, daß es durchaus möglich ist, noch erhebliche Kreise für uns zu gewinnen.

Burgbacher: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß wir alle in der brennenden Sorge, was zu tun ist, um die Wahlen 1965 zu gewinnen, einig sind und daß wir deshalb auch für alle Anregungen Verständnis haben, wobei auch ich sagen möchte, daß es nach meiner Ansicht nicht an der Einrichtung einer neuen Institution liegt, sondern an der Belebung der vorhandenen.

Ich möchte aber als Bundesschatzmeister noch etwas sagen. Verehrter Herr Bundeskanzler! Ich kann Ihnen aus den Unterhaltungen mit dem Geschäftsführenden Vorsitzenden und dem Bundesgeschäftsführer versichern, daß alle diese Fragen, die Sie angeschnitten haben – Fernsehen, Jugend, Frauen, Presse, Bundesgeschäftsstelle –, ständig auf der Tagesordnung stehen und man sich um deren Lösung laufend bemüht. Aber die CDU war – entschuldigen Sie, wenn ich es so einfach sage – bisher ein höchst uninteressanter Arbeitgeber.

Die finanzielle Lage der Partei war so, daß nur jemand, der in erster Linie Idealist und bereit war, das Risiko für sich und seine Familie aufzunehmen, sich diesem Idealismus untergeordnet und mitgearbeitet hat. Es gab zeitweise Situationen, bei denen es nicht einmal klar war, ob man die fälligen Monatsgehälter auszahlen konnte. Diese Sache hat sich jetzt Gott sei Dank geändert durch die Etatisierung in den Bundes- und Landeshaushalten. Wir haben jetzt erstmalig in der ersten Lesung im Bundeshaushalt durchbekommen, daß die fünf Millionen, die bisher an Bildungszwecke gebunden waren, und die 15 Millionen, die bisher nicht für den Wahlkampf ausgegeben werden durften, also insgesamt 20 Millionen – nur gebunden an den Artikel 21 des Grundgesetzes – für die Parteien in angemessener Erfüllung ihres Daseinszweckes zur Verfügung stehen.[30] Es genügt aber nicht, daß die Bundesgeschäftsstelle genügend etatisiert wird, sondern die Landesgeschäftsstellen müssen auch ihre Mittel haben. Und die Landesgeschäftsstellen haben nun ihrerseits wieder die gleiche Verantwortung gegenüber den Kreisgeschäftsstellen.

Was wir da an Personalpolitik und an Besoldungspolitik vorgefunden haben, das war bei Gott nicht immer dem „C" in unserem Namen entsprechend. Es entsprach in keiner Weise dem, was wir von anderen Arbeitgebern aufgrund des „C" in unserem Namen verlangen.

---

29 Am 14. Januar 1962 übernahm der niedersächsische Finanzminister Hermann Ahrens den Vorsitz der Gesamtdeutschen Partei (AdG 1962 S. 9609); er löste das Duumvirat Frank Seiboth (ehemals BHE-Vorsitzender) und Herbert Schneider (ehemals DP-Vorsitzender) ab, die die beiden Parteien DP und BHE 1961 fusioniert hatten und bisher als Vorsitzende amtierten.

30 Erste Beratung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1963 in der 45. und 46. Sitzung des Bundestages am 7. und 8. November 1962 (Sten.Ber. 4. WP Bd. 51).

Nun haben wir jetzt für die Bundesgeschäftsstelle einen Etat von jährlich fünf Millionen, den wir dann zur Verfügung haben, wenn wir auch die Landesgeschäftsstellen entsprechend dotieren und wenn aus der Wirtschaft jährlich mindestens drei Millionen aufgebracht werden. Der Wille ist vorhanden, aber die Schwierigkeit ist das Karlsruher Urteil.[31] Wir haben dauernd Beratungen darüber – gestern hatte ich noch eine mit dem Bundesfinanzminister –, wie das geregelt werden kann, weil ich fürchte, daß wir ohne eine steuerliche Regelung mit der Respektierung des Karlsruher Urteils – das ist das Problem – auf die Dauer von der Wirtschaft diese Mittel nicht bekommen. Wenn wir nun hochqualifizierte Kräfte für die Bundesgeschäftsstelle gewinnen und noch manches andere in dieser Richtung verbessern wollen, dann müssen Sie auch alle, meine Damen und Herren, den Mut haben, die Etatisierung der Partei im Bundeshaushalt noch weiter aufzustocken. Wenn die qualifizierten Menschen – sie sind ja auch meist qualifiziert im Rechnen – zu uns kommen sollen, dann muß durch die öffentliche Finanzierung eine Art Vertrauensbasis für ihre berufliche Zukunft gegeben sein.

Schon jetzt ist aber die Lage viel besser als bisher. Herr von Hassel hat bereits gesagt, wir hätten noch etwas abzuwickeln. Aber wir werden es abwickeln, schon weil wir müssen. *(Lebhafte Heiterkeit.)* Wenn wir die fünf Millionen für uns haben, dann können wir auf der Bundesgeschäftsstelle auch eine bessere Personalpolitik betreiben. Das ist ja ein besonderes Anliegen der Herren Dufhues und Kraske und jedem, der sich mit dieser Sache befaßt.

Im übrigen haben wir Eichholz ausgebaut und DM 500.000,- etatisiert. Wir wollen der Friedrich-Ebert-Stiftung der Sozialdemokratie in der Politischen Akademie Eichholz ein modernes Institut, das für alle Stände offen ist, gegenüberstellen. *(Dufhues:* Hoffentlich bekommen wir die gleiche Unterstützung von der Bundesregierung wie Bergneustadt![32]) Wir haben 40.000 qm gekauft.

Ich wiederhole, die Gehaltszahlungen für die qualifizierten Leute, die wir haben müssen, werden wir nur finanzieren können, wenn wir eine sichere finanzielle Basis haben. Unsere finanzielle Basis ist jetzt, wenn ich so sagen darf, zu zwei Dritteln gesichert, aber das letzte Drittel hängt noch von dem Wohlwollen Dritter ab, und die hängen wiederum von den Steuerzahlern ab. Und das ist fraglich.

Deshalb wollte ich damals schon mehr im Bundeshaushalt haben. Herr Etzel! Sie waren damals Finanzminister. Sie waren bereit, es zu tun, aber es ist leider nicht so gekommen. Wenn Sie, meine Herren, der Finanzbasis der Partei nicht mehr Aufmerksamkeit als bisher schenken, dann können Sie die allerschönsten Beschlüsse fassen, die nützen dann doch nichts, denn wenn wir nicht die nötigen Mittel haben, um diese Beschlüsse durchzuführen, dann bleiben sie halt auf dem Papier stehen.

---

31 Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Finanzierung der politischen Parteien vom 24. Juni 1958. Vgl. Nr. 2 Anm. 44.

32 Heimvolkshochschule der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Deshalb möchte ich die Gelegenheit benutzen, diesen Appell an Sie zu richten, der Frage der Parteifinanzierung in den Haushalten des Bundes und der Länder Ihre große Aufmerksamkeit zuzuwenden und unter Umständen, wenn eine Novellierung der steuerlichen Privilegien aufgrund des Karlsruher Urteils nicht gelingen sollte, diese Ansätze zu erhöhen.

Bauknecht: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Herr Bundeskanzler! Ich bin Ihnen sehr dankbar, daß Sie den Finger auf eine Wunde gelegt haben, die wirklich sehr offen und brennend ist, nämlich die Frage der Public relation. Es ist so, daß die Arbeit der Bundespartei und der Bundestagsfraktion nicht einmal so schlecht ist, aber wir verstehen nicht, unsere gute Ware zu verkaufen. Wir stellen laufend fest, daß in einem unerhört steigenden Maße die SPD und die FDP täglich Informationen nicht nur an ihre Leute, sondern auch an eine Reihe von Verbänden im vorpolitischen Raum herausgeben. Aber von uns geschieht überhaupt nichts in dieser Hinsicht. Ich habe gehört, daß man bereit ist, dieses Referat mit einem anderen Herrn zu besetzen. Bisher hatten wir leider einen – ich will nicht kritisieren, er ist jetzt weg –, der völlig unzulänglich war.[33] Wir müssen hier jemand haben, der von den Dingen etwas versteht. Wir können noch ganz gut ankommen. Noch ist es nicht zu spät. Aber wenn man von uns nichts hört und nichts liest, dann braucht man sich nicht zu wundern, daß sich Dinge entwickeln, die für uns unerfreulich sind.

Daß diese Dinge unerfreulich sind, Herr Fricke, ist mir in diesen Tagen zu Ohren gekommen. Ich weiß nicht, in welchem Kreis es war, aber in Niedersachsen hat eine Versammlung stattgefunden, in der die CDU ausziehen mußte, und die anderen haben die Versammlung weitergeführt.[34] Dort kämpfen wir nicht nur gegen die SPD. Gegen die SPD muß man hauptsächlich kämpfen in kleinbäuerlichen Gegenden. Dort entwickelt sich eine neue Organisation, die sich Notgemeinschaft nennt. Es ist eine rechtsradikale Bewegung, die wir bisher unterschätzt haben, die nicht nur den großen Parteien, sondern auch meiner Organisation, dem Deutschen Bauernverband, gefährlich wird.

Wenn man die ostzonale Presse liest, z. B. das „Neue Deutschland", dann muß man befürchten, weil man sieht, mit welcher Freude da drüben diese Entwicklung registriert wird, daß diese Organisation wahrscheinlich Gelder von drüben bekommt. Das ist eine sehr gefährliche Entwicklung, der wir mehr Aufmerksamkeit als bisher schenken müssen.

In Niedersachsen haben einige Versammlungen stattgefunden, in denen man mit einem Jargon aufgetreten ist, der etwa den Versammlungen in den Jahren 1930

33 Nicht ermittelt. – Vgl. Nr. 6 Anm. 4.

34 Versammlung am 17. April 1963 in Drochtersen („Nordwestdeutsche Rundschau" vom 20. April 1963 „Bauernversammlung der CDU in Drochtersen"). – Die „Notgemeinschaft deutscher Bauern e.V.", hervorgegangen aus der „Notgemeinschaft im Landvolkverband", wurde 1964 gegründet. Zum ersten Vorsitzenden wurde Landwirtschaftsmeister Günter Kaczenski gewählt (vgl. „Stader Tageblatt/Nordwestdeutsche Rundschau" vom 3. Mai 1963 in ACDP II-156-083).

bis 1933 entspricht, wo unsere Redner durch Sprechchöre einfach niedergeschrien wurden. Dort macht sich also eine solche Entwicklung bemerkbar. Deshalb müssen wir es uns angelegen sein lassen, den bäuerlichen Raum ganz anders als bisher zu betreuen.

Wenn Herr Dufhues Bergneustadt nicht angesprochen hätte, dann hätte ich es getan. Dort entwickelt sich unter dem Deckmantel „Friedrich-Ebert-Stiftung" eine reine Kampfschule der SPD. Dem müssen wir in Eichholz etwas Gleichwertiges entgegensetzen, auch auf agrarpolitischem Gebiet. Ich wäre dankbar, wenn auf diesem Gebiet bald etwas geschehen könnte.

Ich weiß, daß das eine Sache ist, Herr Bundeskanzler, die Ihnen am Herzen liegt. Deshalb möchte ich Ihnen heute den Dank dafür sagen.

Lemke: Ich finde den Vorschlag sehr gut, daß unter der Führung von Herrn Dufhues diese drei Herren sich um die Dinge kümmern. Ich halte es auch für richtig, die Landesvorsitzenden einzuladen, um mit ihnen die Dinge zu besprechen.

Zu Ihren Ausführungen, Herr Bundeskanzler, daß die Länderfinanzminister sich geweigert haben, dem Bund etwas zu geben, möchte ich einen Vorschlag machen. Wir haben vor Jahr und Tag einen sogenannten Kontaktausschuß für die Bundesregierung, den Bundestag und den Bundesrat geschaffen.[35] Ich würde sehr darum bitten, daß dieser Kontaktausschuß von Herrn Dufhues wieder einberufen wird. Ich könnte mir denken, daß dann manche unnötigen Differenzen in der Öffentlichkeit vermieden werden, wenn wir uns rechtzeitig in diesem Kreise unterhalten. Das scheint mir sehr wichtig zu sein.

Was Herr Bauknecht sagte, kann ich verstehen. Ich habe in der Gegend von Stade gesprochen. Auch Herr Struve hat mir gesagt, er hätte eine Versammlung erlebt, die schlimmer gewesen sei als die Versammlungen vor 1933. Ich habe nun eine Bitte, Herr Bundeskanzler. Wenn Sie durch Niedersachsen reisen, würde ich Sie bitten, dort vor der Landwirtschaft zu sprechen. Ich darf Ihnen sagen, daß die Landwirtschaft mit Abstand nicht nur materiell, sondern auch seelisch mehr leidet als die anderen Schichten. Wir müssen also da ganz anders als bisher an die Arbeit herangehen.

Gerstenmaier: Meine Damen und Herren! Ich freue mich, daß Herr Ministerpräsident Lemke die Debatte wieder auf die Parteifragen zurückgebracht hat, die sich aus dem Bericht des Herrn Bundeskanzlers als vordringlich für uns ergeben. Mir hat am besten gefallen, was der Herr Bundeskanzler über den Schuß Pulver gesagt hat, aber nicht deshalb, weil ich in dieser Sache einig bin, sondern weil mir dieser Fauxpas in diesem Kreis ganz gut gefällt. *(Unruhe und Bewegung.)* In der Sache selber bin ich anderer Meinung, aber man muß wahrscheinlich gelten lassen, daß das Parteipräsidium ein bißchen munterer sein könnte. *(Widerspruch.)* Daß es nicht munter war, meine Herren, in den letzten Wochen und Monaten hängt nach meiner Überzeugung damit

35 Wohl gemeint: Kontrollausschuß beim Bundesausgleichsamt, gebildet nach § 313 des Gesetzes über den Lastenausgleich (Lastenausgleichsgesetz – LAG) vom 14. August 1952 (BGBl I S. 446).

zusammen, daß wir uns etwas gescheut haben zu verhandeln, insbesondere während der Zeit, als der Herr Bundeskanzler seinen wohlverdienten Urlaub in Cadenabbia verbracht hat.

Daß eine Notwendigkeit zu einer organisatorischen Änderung bestehen soll, vermag ich nicht einzusehen. Insofern bin ich einig mit Herrn von Hassel und mit dem, was die anderen Herren hier vorgetragen haben. Was heute hier an diesem Tisch gesagt worden ist, kann mich noch nicht befriedigen; denn ganz schwierig scheint mir nach wie vor die Situation im vorpolitischen Raum zu sein, wenn man diesen Begriff überhaupt noch aufnehmen darf. In Wirklichkeit gibt es diesen vorpolitischen Raum, soweit ich sehe, gar nicht mehr; denn soweit meine Erfahrung reicht, ist die Politisierung soweit gediehen, daß mir kein Universitätsprofessor, keine Fakultät und kein sonstiges Gremium auf evangelischer Seite kommen und sagen kann: Wir sind heute die Objektiven. Das ist doch eine ganz große Misere. Diese Leute treten uns gegenüber immer noch mit dem Anspruch auf, nicht nur die Neutralen, sondern auch die Objektiven zu sein, während wir eben mit einer vorgefaßten Meinung die Interessen der Partei, unter Umständen auch andere Momente, jederzeit zurückzustellen und bereit seien, uns hinter taktischen Nutzerwägungen des Machtkampfes der Parteien zu stellen.

Schon gegen diese Grundeinstellung muß angegangen werden. Diese Notwendigkeit ergibt sich schon aufgrund der Zahlen, die sie eben über die Besuche in den Versammlungen genannt haben. Ich bin der Meinung, daß der alte Versammlungsstil allmählich ausläuft. Natürlich können Sie Versammlungen machen. Ich habe z. B. in meinem Wahlkreis vor einigen Wochen eine Versammlung abgehalten im Zusammenhang mit dem Nordwürttembergischen Parteitag[36], wobei ich u. a. aussprechen ließ: Was kommt nach Adenauer? Die ganze Stadthalle war gerammelt voll. Der erste Satz lautete: Das Thema heißt „was", aber nicht „wer". Dann kam ein ganz Schlauer und sagte: Jetzt haben Sie eineinhalb Stunden lang geredet, aber nicht gesagt, wer.

Es gibt sicher noch Möglichkeiten, volle Versammlungen zu bekommen. Aber ich muß sagen, daß das die Ausnahme und nicht mehr die Regel ist. Darauf muß man sich einstellen. Wir müssen uns also etwas Neues einfallen lassen. Nun bin ich, Herr Bundeskanzler, nach meinen Erfahrungen nicht davon überzeugt, daß bei uns eine Hemmung besteht, sich dem Fernsehen zu stellen. Diese Erfahrung habe ich nicht gemacht, daß sich irgend jemand bei uns sträubt, im Fernsehen zu erscheinen. Es ist aber so, daß es beim Fernsehen Leute gibt, die natürlich gewisse Bedenken haben. Oder sagen wir es positiv, es gibt Leute, die bestimmte Wünsche haben, wen sie vor ihre Fernsehkamera bringen wollen. Das ist doch die Geschichte. Wenn man sich nun ansieht, wen sie vor die Fernsehkamera bringen, dann ist es immer nur ein relativ kleiner Kreis, und es ist immer derselbe Kreis. Es gibt zwar in den Regionalprogrammen eine Abwechslung, aber im Ersten Fernsehen und im Zweiten

36 Am 30. März 1963 in der Stadt Gaildorf zu dem Thema „Was kommt nach Adenauer?" (ACDP I-210-077/2).

Fernsehen ist es nahezu immer der gleiche Personenkreis, der da erscheint. Hier liegt also die Schwierigkeit.

Ich bin dankbar, Herr Bundesschatzmeister, daß wir nun etwas mehr Geld ausgeben können, um in unserer Bundesgeschäftsstelle diese Maßnahmen mit größerer Sorgfalt und gößerem Weitblick durchführen zu können. Wir sollten uns vor allem auch überlegen, aus welchem Reservoir wir die Persönlichkeiten nehmen, um in den beiden konkurrierenden Ersten und Zweiten Fernsehen unsere Wünsche und Forderungen zu äußern.

Aber, meine Damen und Herren, warum ich mich zum Wort gemeldet habe, ist etwas anderes. Ich finde, daß uns neben dem angeschnittenen Thema über die Organisation in einer unerhört intensiven Weise beschäftigen muß die Enzyklika „Pacem in terris"[37], und zwar – ich bin Theologe – nicht nur unter politischen, sondern auch unter theologischen Gesichtspunkten. Ich muß aber sagen, es ist politisch viel interessanter und aktueller als theologisch. Ich glaube, daß sich damit eine Partei wie die CDU, die doch eine Gesinnungspartei ist und Wert auf ihre Tradition legt, vor eine Situation gestellt sieht, die sehr sorgfältig überlegt werden muß, und zwar weit über die Enzyklika „Mater et Magistra"[38] hinaus. Das war für uns schon nicht bequem, aber mit „Pacem in terris" ergibt sich für uns eine Situation, die weiträumig und langfristig überlegt und durchdacht werden muß.

Damit verbindet sich natürlich auch die andere Frage: Wie wollen wir es halten mit unserer Sprachregelung hinsichtlich der SPD? Wenn wir hier die SPD immer nur mit einem sehr zweifelhaften und flitterhaften New Look anreden, dann ist das nicht mehr in Übereinstimmung zu bringen mit dem, was in „Pacem in terris" geschieht. Wir sollten uns das sorgfältig überlegen. Wir müssen hier Formulierungen finden, die auch für die Zukunft gelten. Diese Formulierungen müssen auch von der Klarheit sein, daß sie überzeugend ankommen. Sie müssen von der Klarheit sein und vor allem von der Einfachheit sein, daß sie in den Auseinandersetzungen mit Sicherheit ankommen.

Das ist eine Aufgabe, die des Schweißes der Edlen in der Parteiführung und in den Arbeitskreisen wert und würdig ist. Über diese Sache dürfen wir nicht mehr viel Zeit verlieren, wenn wir nicht ganz hinterherhinken wollen, wenn wir nicht von einer Verlegenheit in die andere kommen wollen. Ich denke daran, daß neulich ein frecher Kerl gefragt hat, ob wir uns nicht nur politisch, sondern auch geistig abgemeldet hätten. – Davon kann keine Rede sein!

Herr Bundeskanzler! Herr Ministerpräsident Lemke hat eben vom Kontaktausschuß gesprochen. Ich glaube, daß mit den Herren Ministerpräsidenten, die der CDU

37 Friedensenzyklika Papst Johannes' XXIII. vom 11. April 1963. Druck in KNA vom April 1963 sowie in Herder-Bücherei, Freiburg 1963.

38 Die Sozialenzyklika Papst Johannes' XXIII. (Mater et Magistra vom 15. Mai 1961) – Druck: Freiburg 1961. Vgl. dazu GERSTENMAIER S. 471 f.

angehören, die Probleme Bund/Länder sehr gut verhandelt werden können, aber nicht allein wegen der Kompliziertheit in den Kulturfragen – man denke z. B. an den deutsch-französischen Vertrag, wo ja im Teil C Kulturprobleme angeschnitten werden[39] –, sondern auch wegen vieler vordergründiger Fragen, die immer mehr auf den Nägeln brennen. Ich denke an den Haushaltsausgleich. Hier dürfen wir nicht wieder zum Objekt einer Opposition werden, die an diesem Punkt hemmungslos, ja geradezu charakterlos ist; denn sie wirft uns vor, daß wir nicht sparsam genug seien, aber sie selbst bringt unablässig neue Vorlagen im Bundestag ein, die sehr populär sind für bestimmte Gruppen, aber mit dem Haushaltsausgleich überhaupt nicht mehr unter einen Hut zu bringen sind.

Hier muß also innerhalb der Fraktion eine völlig klare Sprachregelung gefunden werden. In jedem Jahr sollten wir neue Zahlen herausgeben, in denen gezeigt wird, was an neuen Haushaltsbelastungen aufgrund der immer neu eingehenden populären Anträge der SPD hinzukommt. Es muß in nüchternen Zahlen den Leuten gezeigt werden, welche Konsequenzen diese Anträge haben würden, und zwar beim Bund, bei den Ländern und schließlich auch bei den Gemeinden.

Für uns ist wichtig, daß wir über die Verfassungsmöglichkeiten und über die Kompetenz der Gewaltenteilung des Grundgesetzes hinaus an diesem Tisch in bestimmten Sitzungen über Fragen von Bund und Ländern uns unterhalten. Ich habe nichts gegen einen Kontaktausschuß. Ich glaube nur, daß diese Frage des Koordinierens von Bund und Ländern für unsere Partei von einer solchen Wichtigkeit ist, daß wir nicht darauf verzichten können, den Bundesvorstand damit zu befassen. *(Zustimmung.)* Das kann und sollte auch geschehen. Gerade die besonders brennenden und aktuellen Probleme und Schwierigkeiten sollten auf die Tagesordnung und zum Gegenstand der Erörterung der Bundesvorstandssitzungen gemacht werden. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Vielleicht werden dann manche Impulse lebendig, die es uns ermöglichen, über diese Schwierigkeiten hinwegzukommen. *(Beifall.)* Ich will nicht sagen, von welchem Land oder von welchem Finanzminister eines bestimmten Landes uns große Schwierigkeiten bereitet werden, aber wenn wir mit dem Haushaltsausgleich nicht zu Rande oder nicht einigermaßen elegant zu Rande kommen in diesem Jahr, dann wird nicht die SPD, sondern wir werden die Zeche bezahlen müssen. Infolgedessen ist es nicht mehr als legitim, daß wir uns nach Möglichkeit bemühen, um endlich über diese blöde Geschichte hinwegzukommen. *(Lebhafter Beifall.)*

Fricke: Herr Bundeskanzler! Die CDU in Niedersachsen hat noch mehr Anlaß als die CDU im Rheinland, um Ihnen, Herr von Brentano, und allen, die mitgewirkt haben, vor allem aber Ihnen, verehrter Herr Bundeskanzler, und Ihnen, lieber Herr Professor Erhard, sehr herzlich zu danken dafür, daß noch rechtzeitig eine schwere Hypothek von unserem Wahlkampf – wie wir hoffen – weggenommen worden ist.

---

39 Vertrag zwischen der Französischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland über die französisch-deutsche Zusammenarbeit vom 22. Januar 1963. Druck in BULLETIN vom 24. Januar 1963 S. 117 f.; vgl. Nr. 9 Anm. 12.

Ich hoffe, daß wir nun mit voller Klarheit geschlossen in den Wahlkampf der letzten drei Wochen eintreten können.

Ich bin der Meinung, daß wir jetzt die Chance haben, den Dualismus zwischen der Union und der DP zu überwinden. Die neue DP hat trotz des Prinzen Heinrich von Hannover keine Chance. Es ist uns nun die Aufgabe der Straffung der gesamten CDU gestellt, und zwar sowohl in der Bundespartei wie in den Landesparteien, damit wir uns für den Wahlkampf im Jahre 1965 entsprechend vorbereiten können. Die Landesverbände werden von sich aus alles tun, um hier fleißig mitzuwirken und zu helfen. Nun meine ich aber, daß wir um Gottes willen nicht nach draußen sagen, wir wollten wieder reformieren und reorganisieren. Das muß natürlich eine ständige Aufgabe für uns sein, aber wir sollten doch diese Aufgabe bei uns im Stillen lösen.

Nun möchte ich etwas zu dem sagen, was Herr Bauknecht hier angesprochen hat. Daß die Situation in der Landwirtschaft äußerst bedenklich ist, brauche ich hier nicht näher auszuführen. Das ist bekannt. In den letzten fünf Jahren haben wir hier eine Stagnation zu verzeichnen. Wir hatten Überschüsse zwischen vier und fünf Milliarden DM. Nach dem letzten Grünen Plan kam der Rückschlag im Jahre 1961 von 800 Millionen DM. Die Stimmung ist heute so verzweifelt, nicht nur wegen der Sorgen um die Existenz, sondern auch wegen der weiteren Entwicklung der EWG. Viele junge Bauern wandern ab. Sie finden auch keine Frauen mehr für die Arbeit in der Landwirtschaft. Es ist zu beachten, daß die sozialen Fortschritte, wie die Fünftage-Woche usw., an den bäuerlichen Betrieben vorbeigegangen sind. Hinzu kommt, daß es bereits heute viele Radikalinskis und Chauvinisten gibt, die diese Situation für ihre Zwecke auszunützen wissen. In der Versammlung von Struve soll es schlimmer gewesen sein als 1932. Aber, Herr Bauknecht, wir sollten nicht sagen, daß die CDU hat ausziehen müssen. Das ist etwas anders gelaufen. Ich habe in der Pressekonferenz in Cuxhaven am Montag mittag mit meinen Freunden über die Situation in allen Einzelheiten diskutiert.[40] Es waren dabei Herr Schröder[41], der Bezirksvorsitzende der Union im Raume Stade, dann Herr Schwarzkopf[42] ... (*Bauknecht:* Das war der Mann, der den Saal verlassen mußte mit seinen Leuten, und die Radikalen blieben drin!) Es war so: Weil zum Schluß die ganze Sache unerträglich wurde, hatte Herr Schwarzkopf mit unserem Freund Schröder und mit Herrn Struve alle diejenigen, die sachlich blieben, aufgefordert, auszuziehen, um einmal festzustellen, wie groß die Zahl derer war, die Radau machten, und wie groß der Kreis derer war, die die Dinge zwar besorgt, aber vernünftig gesehen haben. Und da ist die Hälfte ausgezogen.

---

40 Pressekonferenz in Cuxhaven am 22. April 1963 zur Eröffnung der Endphase des Landtagswahlkampfes für den Regierungsbezirk Stade. Vgl. „Nordwestdeutsche Rundschau" vom 23. April 1963 „CDU eröffnet Wahlkampf im Bezirk Stade"; „Cuxhavener Zeitung" vom 23. April 1963 „CDU eröffnete letzte Runde des Wahlkampfes".

41 Heinrich Schröder (1909–1989), bis 1957 DP, 1958 CDU, 1959–1965 MdL Niedersachsen (CDU), 1962–1963 Vorsitzender des BV Stade, 1965–1972 MdB.

42 Joachim von Schwarzkopf (geb. 1922), Landwirt, Mitglied des Niedersächsischen Landvolks (CDU-KV Stade).

Nun muß man hinzufügen, der Wortführer Kaczenski[43], dieser Bursche, kommt aus Hamburg. Er hat die Leute zusammengeholt aus der ganzen Gegend – das war an den Nummernschildern der Autos zu erkennen –, (*Bauknecht:* Es war wie im Dritten Reich!) um nun diesen Radau zu machen. Ich bin davon überzeugt, daß wir trotzdem in Stade ankommen werden. Es ist unsere Pflicht, hier kräftig hineinzustoßen. Deshalb ist es entscheidend wichtig, daß Sie vor allem, Herr Minister Erhard, dort einmal ein gutes Wort zur Landwirtschaft sagen. Diese bäuerlichen Existenzen müssen in der Zukunft erhalten werden. Man hört dort solche Töne: Dem Bundeskanzler glauben wir noch, daß er den guten Willen hat, für die Landwirtschaft einzutreten, und daß er dazu steht, aber bei Professor Erhard sind wir verraten und verkauft.

Herr Schröder! Ich erinnere Sie an unser Gespräch mit Herrn Blume[44]. (*Schröder:* Ich gelte als ein bißchen besser als Herr Erhard!) Das beste wäre, Herr Bundeskanzler, wenn wir mit Ihnen über die Pläne für Niedersachsen einmal sprechen könnten, um zu sehen, ob es nicht möglich wäre, daß Sie beide einmal in Hannover auftreten.[45] Das würde sehr viel zur Beruhigung dort beitragen. Wir müssen unbedingt dafür sorgen, daß der Sturm, der dort bewußt inszeniert wird, wieder beigelegt wird. Wir müssen ferner erreichen, daß die DRP nicht mehr als zwei Prozent der Stimmen bekommen wird.

Adenauer: Daß Geld nötig ist, ist so selbstverständlich wie nur was für jeden von uns. Und daß bisher zu wenig Geld da war, wissen wir auch. Jetzt kommt aber das Geld. Deswegen sollte man diese Gelder auch richtig anwenden in der Bezahlung der Leute. Ich habe mit Herrn Dufhues vor kurzem ein längeres Gespräch gehabt. Er ist genau meiner Meinung.

Nun dürfen wir uns aber unter keinen Umständen damit zu beschwichtigen versuchen, daß man nichts weiter hier zu tun brauche. Sehen Sie denn nicht die Gefahr durch die Sozialdemokraten auf uns zukommen! Wer das nicht fühlt, der hat wirklich kein Fingerspitzengefühl. Das zeigen nicht nur die Ziffern hier, sondern es ist auch das Auftreten der Sozialdemokratie im öffentlichen Leben ein total anderes geworden. Ich habe eben gesagt, Herr Erler war eineinhalb Stunden lang bei Kennedy. (*Stoltenberg:* Eine halbe Stunde!) Im Rundfunk hieß es, er sei eineinhalb Stunden bei Kennedy gewesen. *(Unruhe.)* Nun gut, meine Herren, hören Sie doch bitte mal zu. Es bleibt die Tatsache, daß Herr Erler jetzt schon in den Vereinigten Staaten herumreist und sich amerikanischer gibt als irgendein Amerikaner, und daß er vom Präsidenten der Vereinigten Staaten empfangen wird. Das mag nun eine halbe Stunde oder eineinhalb Stunden sein, das spielt in dieser Hinsicht keine Rolle.

---

43 In der Vorlage: Kaschinski. – Günter Kaczenski (Oldendorf), Sprecher der „Notgemeinschaft im Niedersächsischen Landvolk" (vgl. Anm. 34).

44 Vermutlich während des Parteitags am 23. März 1963 in Hannover. – Walter Blume (geb. 1913), Vizepräsident des Landvolks Niedersachsen, bis 1982 Präsident der Landwirtschaftskammer Hannover.

45 Am 22. April 1963 war Adenauer in Goslar („Goslarsche Zeitung" vom 23. April 1963).

Bedenken Sie auch, wie Herr Brandt dem Herrn de Gaulle nachgereist ist und wie de Gaulle ihn nachher auch empfangen hat. Nach den Telegrammen, die ich bekommen habe, und nach dem, was das Fernsehen gezeigt hat, war die Sache dort etwas blaß, aber das ist doch für die Sozialdemokraten nichts anderes als eine Vorbereitung für die Wahl im Jahre 1965, damit sie dem deutschen Bürgertum sagen können: Wir haben genau die guten Verbindungen sowohl mit Kennedy wie auch mit de Gaulle. – Nun bitte ich die Herren, die gesprochen haben, und auch Sie, Herr Fricke, nicht zu sagen: Um Gottes willen, nur nichts ändern, weil dadurch Unruhe kommt. (*Fricke:* Das habe ich gar nicht gesagt!) Es gibt auch eine gute Unruhe, meine Herren! Nun will ich Ihnen bei der vorgerückten Zeit nicht vorlesen, wie unsere Organisation jetzt ist. Herr Dufhues konnte ohne Geld nichts daran ändern. Aber das ist doch kein Vorwurf gegen Herrn Dufhues. Das möchte ich doch einmal hier betonen. Soll den alles hier ein persönlicher Vorwurf sein! Man muß doch sachlich kritisieren können. Ich sage Ihnen noch einmal, wir müssen uns vorbereiten auf die Wahl im Jahre 1965. Das wird nicht mit Zuckerwasser gehen. Das wird sehr scharf gehen.

Wenn wir nun in der Lage sind, das Geld zu beschaffen, dann darf man doch wohl anregen, daß nun die Männer, die etwas von den Dingen verstehen und interessiert sind, sich diese ganze Sache einmal ansehen; auch mit Herrn Dufhues selbstverständlich. Warum denn nicht? Auch ich würde mir keine Meinung bilden, ohne darüber mit Herrn Dufhues zu sprechen. Das ist doch alles ganz klar. Aber ich bitte Sie um eines. Seien Sie auf der Wacht, seien Sie auf der Hut, meine Damen und Herren! Die Gefahr ist eminent groß. Wenn Sie sagen, es sei alles in Ordnung, dann erkläre ich Ihnen, nein, wir müssen etwas schaffen, was uns befähigt, den Wahlkampf im Jahre 1965 zu bestehen.

Und nun zum Parteipräsidium! Warum soll man nicht ein paar Landesvorsitzende mit hinzuziehen? Herr Johnen wohnt in der Nähe. Er könnte z. B. kommen. Herr Altmeier könnte auch kommen, denn auch er braucht keine Weltreise zu machen. Ich würde gerne den einen oder anderen dabei sehen. Warum sollen wir das denn nicht tun? Aber man kann hier sagen, was man will, es geschieht doch nichts. Wenn in einem Präsidium fünf oder sechs Bundesminister sind, (*Zuruf:* Fünf!) auf einen soll es mir nicht ankommen, ist es doch ganz selbstverständlich, daß die Situation in den Ländern und in den Landesparteien nicht so lebendig dargestellt werden kann, wie es eigentlich sein müßte. Das ist doch klar. Wenn Sie nun Angst haben, ich wollte das Präsidium abschaffen, dann sage ich Ihnen, nein, im Gegenteil, ich will dem Präsidium dadurch helfen, zu einer fruchtbaren und besseren Arbeit zu kommen, indem man aus den Ländern einige Herren hinzuzieht.

Wenn Sie, meine verehrten Herren Landesvorsitzenden, eine außerhalb des Parteistatuts stehende eigene Organisation schaffen, und kein Mensch Anstoß daran nimmt – es wäre auch dumm, daran Anstoß zu nehmen –, dann müßte es einem auch gestattet sein, als Gast zu einem Parteigremium zu kommen. *(Unruhe und Bewegung.)*

Nun, das greift Sie alle an, und Sie fühlen sich am meisten verletzt. Ich bin geradezu entsetzt – ich gebrauche jetzt einen vielleicht zu scharfen Ausdruck – über

die Sattheit, die ich hier und da zu hören glaube, über die parteipolitische Sattheit. (*Dufhues:* Es war nie so unruhig wie in den letzten Wochen, Herr Bundeskanzler! Ich bin gerne bereit, Ihnen meine Akten auf den Tisch zu legen!) Sie meinen, die Unruhe käme nur aus der Differenz Erhard/Adenauer. Lassen wir uns aber kein X für ein U vormachen. Das ist doch vorbei und ist aus. Die Partei darf nicht ruhig sein. Bei allen Leuten, die sich nämlich dieser Partei mit dem Herzen verbunden fühlen, da dürfen Sie auch nicht ruhig sein, weil ja die ganze Kolonne gegen uns marschiert, und zwar mit aller Macht, namentlich auch in der Publizistik. Wie wir das überhaupt überwinden werden, das weiß ich nicht.

Gerade in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung", ein Blatt, das ich sonst schätze, werden wir immer vor dem klerikalen Geruch gewarnt, der uns anhafte und der die wahrhaften Liberalen zurückschrecke. Wir sollten jetzt wahrhaft liberal bleiben. Die Sozialdemokraten stören sich überhaupt nicht an einem klerikalen Geruch. Das nimmt denen auch kein Mensch übel, daß sie den katholischen und evangelischen Bischöfen nachlaufen. Darüber wird nichts gesagt; nur auf uns wird immer herumgehackt.

Wenn man jahrelang in der Regierung gesessen hat, ist es klar, daß man manchem vor den Kopf gestoßen hat, denn alle Wünsche konnten ja nicht erfüllt werden. Aber die größte Gefahr ist doch die, daß man selbst daran glaubt und sich an diesen Zustand gewöhnt hat. Das kann ein sehr böses Erwachen werden. Und das hat mich dazu gedrängt, Ihnen gegenüber das heute auszusprechen.

Dufhues: Meine lieben Parteifreunde! Nach den einleitenden Bemerkungen unseres Herrn Bundesparteivorsitzenden hätte ich den Wunsch, einmal vor dem Bundesvorstand oder einem anderen Gremium – vielleicht dem Bundesparteiausschuß – über die Situation der Christlich-Demokratischen Union zu berichten, und zwar sowohl im Rahmen der Bundespartei wie auch in den einzelnen Landesverbänden.

Sie haben sicherlich einen Anspruch darauf, von mir zu erfahren, wie die Ergebnisse sind und welche Konsequenzen ich – zunächst vorbereitend und später mit der Möglichkeit der Realisierung – aus diesen Erkenntnissen gezogen habe. Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands ist ein ungewöhnlich differenziertes Unternehmen. Es wird notwendig sein, eine sorgfältige Bestandsaufnahme und Analyse sowie eine Untersuchung der geistigen Strömungen vorzunehmen, ehe man zu einem pauschalen Vorschlag oder sogar zu rein organisatorischen Vorschlägen kommt. So wichtig diese sind, aber sie sind und bleiben nicht das Entscheidende.

Ich bin gerne bereit, das zu einem späteren Zeitpunkt nach einer Vorbereitung – die ich Ihnen schulde – zu tun, aber nicht, um nun über das eine oder andere Problem zu sprechen, sondern um Ihnen wirklich eine Grundlage zu geben für die Folgerungen, die wir aus einem solchen Bericht ziehen können. Wenn Sie es wünschen, erkläre ich mich dazu gerne bereit.

Ich darf zunächst eingehen auf die eine Frage, die die Situation der Christlich-Demokratischen Union in einer besonders bemerkenswerten Weise beleuchtet, nämlich das Verhältnis der Christlich-Demokratischen Union zu den kirchlichen Organisationen und Verbänden. Es ist Ihnen allen bekannt, wie unsicher, zumindest

unbestimmt, das Verhältnis der evangelischen Kirche zur Christlich-Demokratischen Union ist. Darüber könnten wir uns vieles sagen, und es würde manch bedrückende Feststellung damit verbunden sein. Wer sich aber der Utopie hingibt, der katholische Bereich stelle die Bastion dar, auf die wir uns jetzt und in der Zukunft verlassen könnten, der unterliegt einem grausamen Irrtum. *(Beifall.)*

Das geht bis in den persönlichen Bereich der katholischen Kirche hinein. Die Grundlagen des Verhältnisses der katholischen Kirche zum Politischen, auch ganz konkret zur Christlich-Demokratischen Union, sind in Frage gestellt. Ich kann es nicht eindeutiger beleuchten als durch ein Zitat aus der letzten Enzyklika „Pacem in terris", in der bemerkenswerte Ausführungen enthalten sind über das Verhältnis des Katholiken zu den Kräften, die das soziale, geistige und politische Wesen bestimmen. Dort heißt es:

„Man möge ferner immer unterscheiden zwischen dem Irrtum und den Irrenden, auch wenn es sich um solche handelt, die im Irrtum oder in ungenügender Kenntnis über Dinge der religiös-sittlichen Werte befangen sind. Denn der dem Irrtum Verfallene hört nicht auf, Mensch zu sein, und verliert nie seine persönliche Würde, die doch immer geachtet werden muß. In der Natur des Menschen geht auch nie die Fähigkeit verloren, sich vom Irrtum frei zu machen und die Wahrheit zu suchen. Hierin fehlt dem Menschen auch nie die Hilfe der göttlichen Vorsehung. Wenn heute also jemand der Klarheit des Glaubens ermangelt oder zu falschen Lehren abgewichen ist, kann es sein, daß er später, von Gottes Licht erleuchtet, die Wahrheit umfaßt. Wenn nämlich Gläubige profaner Belange wegen mit solchen in Verbindung stehen, die überhaupt nicht, oder, weil im Irrtum, nicht richtig glauben, so können sie ihnen Anlaß oder Antrieb sein, für die Wahrheit gewonnen zu werden. Von daher gesehen ist es ungerecht, bestimmte Bewegungen, die sich mit wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen, mit der geistigen Ausbildung oder der zweckmäßigen Ordnung der Staaten befassen, einfach zu identifizieren mit bestimmten philosophischen Lehrmeinungen über das Wesen, den Ursprung, über Ziel und Zweck der Welt und des Menschen, auch wenn jene Bewegungen von solchen Auffassungen her entstanden und geleitet sind."

Es ist also ein Irrtum, die Tätigkeit der Sozialdemokratie zu identifizieren mit dem, der geistig diese Partei entsprechend geprägt hat.

„Während der wissenschaftliche Begriff, wenn er einmal festgelegt ist, nicht mehr geändert werden kann, unterliegen doch diese Bewegungen notwendig den Veränderungen der jeweiligen Situation. Wer könnte übrigens leugnen," – sagt das Oberhaupt der katholischen Christenheit, und wir sollten uns sehr getroffen fühlen – „daß in solchen Bewegungen, soweit sie sich den Gesetzen einer geordneten Vernunft anpassen und die gerechten Forderungen der menschlichen Person berücksichtigen, etwas Gutes und Anerkennenswertes sich findet?"[46]

46 Pacem in terris, KNA vom April 1963 S. 41.

Stellen Sie sich vor, das in den Händen jener jungen katholischen Geistlichen, von denen wir gesprochen haben, und in den Händen und Ansprachen der Studentenseelsorger! Es gilt für uns, daraus Erkenntnisse zu ziehen, nicht um hier zu korrigieren – das wird nicht in unsere Hände gegeben sein –, aber ich meine, die ganz eindeutig klare Erkenntnis auch in diesem Bereich können wir künftig nur noch gewinnen und behaupten durch eine überzeugende und sachlich orientierte Politik.

Die Sachen, die dem Zentrum zur Verfügung gestanden haben, stehen uns nicht mehr zur Verfügung.[47] Wir werden zunehmend zurückweichen und uns auf eine Aufgabe besinnen, die nicht die ist, die das Zentrum früher als seine Aufgabe angesehen hat.

Ich möchte also davor warnen, hier etwa zu glauben, daß wir durch organisatorische Maßnahmen den Strömungen gerecht werden können, die sich hier anzeigen, und daß wir die Probleme meistern könnten, die sich uns zunehmend in der derzeitigen Situation stellen. Es geht also jetzt nicht um eine Vertiefung der Diskussion – das bedarf sorgfältiger Analysen –, sondern um die Vorbereitung von Entscheidungen und Entschließungen, die wir nicht ernst genug nehmen können.

Nun komme ich zu den organisatorischen Vorschlägen. Wir haben uns in der letzten Sitzung dieses Bundesvorstandes mit der Frage befaßt, ob das Präsidium erweitert werden könne oder nicht. Es war die einstimmige Meinung – und Sie haben sie gebilligt, Herr Bundeskanzler –, daß unser Statut eine organisatorische Ausweitung des Präsidiums nicht zuläßt; das müsse dem Beschluß des Bundesparteitages vorbehalten bleiben. Wir waren uns auch darüber einig, daß es dem Präsidium freisteht, insbesondere Ihnen, Herr Bundeskanzler, als dem Vorsitzenden des Präsidiums, von Fall zu Fall die Parteifreunde – ob es nun die Landesvorsitzenden oder andere sind – zu den Sitzungen hinzuzuziehen, die zu den Punkten der jeweiligen Tagesordnung etwas Wesentliches zu sagen haben.

Ich meine, daß dieser Beschluß der letzten Sitzung des Bundesvorstandes ausreicht, um eine Grundlage für eine Intensivierung der Tätigkeit des Präsidiums zu geben, wobei ich der skeptischen Auffassung war, daß die Intensität der Beratungen eines Gremiums mit seiner zunehmenden Größe leidet. Ich bin nicht der Meinung, daß die Beratungen des Bundesvorstandes in der Vergangenheit in allen Fällen der überzeugende Beweis für eine positive Vorbereitung der wichtigen Angelegenheiten der Christlich-Demokratischen Union gewesen sind.

Wir haben uns meist nach einem umfassenden Bericht über die innen- und außenpolitischen Lage nur mit kurzen Randbemerkungen befaßt und sind dann zum Frühstück gegangen, um danach wieder nach Hause zu fahren. Ich möchte deshalb warnen vor Tendenzen, die eine Parallele finden könnten. Mir kommt es entscheidend darauf an, ein kleines, aber intensiv arbeitendes und regelmäßig zusammentretendes Führungsgremium der Christlich-Demokratischen Union zu haben; denn nur von daher wird es besser werden. *(Lebhafter Beifall.)*

47 Gemeint offensichtlich: der Verbandskatholizismus und eine katholische Presse.

Und wenn nun einzelne Herren – auch wegen der Beratungen während der letzten Monate – Bedenken haben sollten, so darf ich sagen, Herr Bundeskanzler, Sie haben jede Autorität, um zu erreichen, daß wir demnächst wieder in regelmäßigen Abständen von mindestens 14 Tagen zu den Beratungen des Präsidiums zusammenkommen. Ich hoffe, daß das Präsidium den Anforderungen gerecht wird, die Sie mit Recht daran geknüpft haben.

Nun komme ich zu der Kommission zur Überprüfung der Bundesgeschäftsstelle. Meine lieben Parteifreunde! Es wird sicher notwendig sein, daß sich alle Parteifreunde, die bereit sind, sich diesem Problem anzunehmen, über die Erkenntnisse unterrichten, die inzwischen gesammelt worden sind. Es wird notwendig sein, daß Herr Kraske Sie im einzelnen über die Tatsachen informiert, die gegeben sind, und über die Möglichkeiten, die noch entwickelt werden können. Es ist mit Recht darauf hingewiesen worden, daß die Armut von der Poverty kommt, und daß man schwerlich den Mut wird aufbringen können, eine größere Zahl gutbezahlter Angestellter zu engagieren, wenn man ihnen nicht versprechen kann, auf die Dauer die Gehälter zu zahlen. Irgendwie müssen wir doch seriös sein zu den Persönlichkeiten, die ihre Stellungen aufgeben und in den Dienst der Partei treten. Wir müssen ihnen die Garantie geben, daß das laufende Gehalt gezahlt wird und die sonstigen Verpflichtungen erfüllt werden.

Herr Bundeskanzler! Es ist ein schwieriges Unternehmen, die Bundesgeschäftsstelle der Christlich-Demokratischen Union auszuweiten und gute Kräfte dafür zu gewinnen. Es ist merkwürdig, aber typisch, was sich in den letzten Monaten begeben hat. Ein junger Redakteur von uns bemühte sich um eine andere Tätigkeit. Ihm wurde bestätigt, daß er nach seiner Qualität und Persönlichkeit willkommen sei, aber es wurde ihm dringend nahegelegt, zunächst einmal in den Dienst einer anderen Einrichtung einzutreten; denn es sei nicht richtig, Kräfte von der Christlich-Demokratischen Union zu übernehmen.

Herr Bundeskanzler! Es würde zu weit führen, wenn Sie seit dem Jahre 1951 nun zum zweiten Male an einen Besuch in der Bundesgeschäftsstelle dächten, um den Kräften, die dort tätig sind, zu beweisen, daß Sie auch Anteil nehmen an ihrem persönlichen Schicksal. Aber das erwarten diese Kräfte. Und dafür wären sie Ihnen ungewöhnlich dankbar.

Es wird notwendig sein, die Organisation der Bundesgeschäftsstelle sehr sorgfältig und kritisch zu überprüfen. Ich darf Ihnen hier sagen, daß ich in den letzten Monaten unter schwierigen Verhältnissen Verhandlungen geführt habe, um den organisatorischen Teil der Bundesgeschäftsstelle zu ergänzen durch einen Arbeitsstab von qualifizierten, auch wissenschaftlich geschulten, jungen Leuten, die an einer langfristigen Planung für die Christlich-Demokratische Union in allen Ihren Teilen arbeiten. Das ist für andere Parteien – jedenfalls für die Sozialdemokratie – etwas Selbstverständliches. Dem Herrn Brandt steht jetzt ein Planungsstab von 20 wissenschaftlich-fundierten Leuten zur Vorbereitung des Wahlkampfes für 1965 und für die weitere Planung der Sozialdemokraten zur Verfügung.

Wir müssen ein Minimum an Kräften haben, die mit den modernen Methoden der Führung einer großen Partei vertraut sind, die die Probleme der Öffentlichkeit kennen, die aber zugleich in der Lage sind, auch bestimmte Teile des politischen Aktionsprogramms zu konzipieren und anschaulich zu machen, damit wir durch unsere politischen Zielsetzungen die Menschen überzeugen und wiedergewinnen. Diese Kräfte müssen wir bekommen. Ich habe bereits erreicht, daß ein sehr qualifizierter junger Mann die Leitung eines solchen Stabes übernimmt[48]; aber es ist sehr schwer, solche Kräfte zu gewinnen. Ich bitte Sie also, sich darüber keine Illusionen zu machen.

Nun komme ich zu Ihren Vorschlägen, Herr Bundeskanzler. Ich sage Ihnen mit aller Offenheit, ich bin zwar dankbar für den Rat, die Parteifreunde Stoltenberg, Kliesing und Barzel mir zur Verfügung zu stellen, aber wir sind uns doch darüber einig, daß nicht eine von diesem Gremium gebildete Kommission den Auftrag erhält, die Bundesgeschäftsstelle zu überprüfen, sondern das ist meine Aufgabe und meine Sache. *(Sehr starker Beifall.)* Ich verspreche Ihnen, daß ich sehr sorgfältig mit diesen Freunden zusammenarbeiten werde, daß ich ihren Rat in allen Einzelheiten einholen, ihre Kritik erbitten und alle Konsequenzen daraus ziehen werde, und zwar einschließlich dieses Berichts über die Ergebnisse der Beratungen, den ich diesem Bundesvorstand schulde. Ich bitte Sie, auf diese Form einzugehen. Ich sage es nicht ohne allen ernsten Nachdruck.

Wir müssen selbstverständlich an die Arbeit gehen, um die Bundestagswahlen im Jahre 1965 vorzubereiten. Ich bin mit den Parteifreunden von Hassel, Heck und Kraske darüber einig, daß bereits jetzt im kleinen Wahlkopf die personellen und organisatorischen Fragen geprüft werden, die mit der langfristigen Vorbereitung der Bundestagswahlen zusammenhängen.

Wir wollen auch eng mit den Parteifreunden in Baden-Württemberg zusammenarbeiten, weil nach meiner Kenntnis dort die letzten Landtagswahlen vor den Bundestagswahlen stattfinden.[49] Die Gesichtspunkte der Bundestagswahlen werden sich irgendwie widerspiegeln müssen in den Überlegungen zur Vorbereitung der Landtagswahlen, wie überhaupt die Einheitlichkeit der Sprachregelung und sonstigen Maßnahmen der Christlich-Demokratischen Union in Bund und Ländern gesichert werden muß.

Wir werden Ihnen, Herr Bundeskanzler, als dem Bundesparteivorsitzenden regelmäßig Vortrag halten. Wir halten es für richtig, daß wir uns zunächst zu vier Freunden im Mai in eine mehrtägige Klausur begeben, um in aller Ruhe darüber nachzudenken,

48 Möglicherweise ist mit dem politischen Aktionsprogramm die Konzeption des Deutschen Gemeinschaftswerks gemeint. Federführend für die Erarbeitung war Dr. Hermann Josef Unland (geb. 1930), 1962–1966 Leiter der Abteilung Politische Sachreferate und stv. Bundesgeschäftsführer der CDU, 1969–1990 MdB (vgl. Deutsches Gemeinschaftswerk. Der Erhard-Plan für Gemeinschaftsaufgaben. Mitarb.: Hermann Josef UNLAND. Oberhausen 1965).

49 Am 26. April 1964 (vgl. Nr. 16 Anm. 18).

wie wir die Bundestagswahlen des Jahres 1965 langfristig vorbereiten. Ich sage noch einmal, organisatorische Maßnahmen werden uns nicht das Heil bringen, sondern es kommt entscheidend darauf an, wie überzeugend unsere Politik in den nächsten Jahren sein wird. Die Entscheidungen dieser Wochen haben auch ihre Bedeutung für das Selbstverständnis der Christlich-Demokratischen Union im Bewußtsein der Bevölkerung.

Wir werden darüber nachdenken und Methoden entwickeln müssen, um dieser besonderen Problematik gerecht zu werden. Ich würde es begrüßen, wenn wir uns in den nächsten Wochen und Monaten unterhalten könnten über das Verhältnis Bund/Länder. Sie wissen, daß sich das Präsidium der Christlich-Demokratischen Union mehrfach mit dieser inneren Problematik befaßt hat, und zwar bereits im Dezember des vergangenen Jahres und in der letzten Sitzung des Präsidiums, als Sie, Herr Bundeskanzler, nicht teilnehmen konnten.[50] Wir haben uns ferner mit unseren Freunden in den Ländern zusammengesetzt, um die Fragen des Bundesanteils an der Ertragsteuer zu behandeln; denn ich fürchte, daß der rein legitime Weg kein Ergebnis bringt, das für uns befriedigend sein wird.

Es handelt sich um ein Zustimmungsgesetz, das nach der derzeitigen Situation aber nicht auf eine Zustimmung rechnen kann, so sehr man das auch bedauern mag. Es scheint mir, daß die tiefste Unruhe in der Bauernschaft und in den mittelständischen Kreisen besteht. Es muß überlegt werden, ob nicht bei der neuen Konstituierung des Kabinetts, Herr Professor Erhard, dieser Angelegenheit in einer überzeugenden Form Rechnung getragen werden kann. Darüber müßte man im Kreise Ihrer engeren Berater sprechen.

Ich sehe auch die Probleme der Landwirtschaft, aber ist es nicht so, daß sich unsere Landwirtschaft während der letzten Jahre durch einen ungewöhnlich starken Immobilismus ausgezeichnet hat? Man muß nach meiner Meinung die Probleme der Agrarpolitik im Gemeinsamen Markt und in ihrer ganzen strukturellen Weite und Tiefe sehen und durch Erarbeitung strukturell orientierter Vorschläge den Bauern und vor allem den jungen Bauern die Hoffnung geben, daß sie in der Zukunft wirklich eine Chance haben. Deshalb habe ich den Agrarausschuß der Bundespartei vor mehreren Wochen gebeten, sich ganz intensiv dieser Frage zu widmen. Ich hoffe, daß der neugewählte Vorsitzende Niermann mit maßgeblicher Unterstützung

50 In den Ergebnisprotokollen der Sitzungen des Präsidiums der CDU vom Dezember 1962 ist das Bund-Länder-Verhältnis nicht erwähnt; vgl. aber Protokoll vom 29. März 1963 in ACDP VII-001-053/1. Möglicherweise sind die „Kontaktgespräche" eines Bund-Länder-Ausschusses des CDU-Vorstands gemeint, an denen in der Regel die Ministerpräsidenten von CDU/CSU, die Bundesminister Krone und von Merkatz, Bruno Heck von der Bundestagsfraktion sowie Ministerialdirektor Dr. Weber vom Bundesministerium für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder teilnahmen (Korrespondenz und Protokolle in ACDP I-157-053/1).

des ausgezeichneten Staatssekretärs Tillmann[51] diese Frage systematisch untersuchen wird.

Ich hoffe, daß wir uns im Agrarausschuß darüber unterhalten können, damit wir diese elenden Methoden, mit denen die Sozialdemokratie den Bauern Sand in die Augen streut, beseitigen können und die Bauern von den Sorgen befreit werden, die aus dem Immobilismus der letzten zwei Jahre gekommen sind.

Wir sollten uns auch mehr mit den Sozialgesetzen befassen. Herr Blank weiß, welche Schwierigkeiten es gibt. Es ist deswegen mancher Austritt aus der Partei erfolgt. Wir werden deshalb noch überzeugender als bisher im Rundfunk und im Fernsehen darlegen müssen, welche Gesamtkonzeption wir haben. Dazu gehört vor allem auch die Einschränkung der öffentlichen Ausgaben. Neben den Erklärungen vor dem Bundestag, die Sie, Herr Bundeskanzler, abgegeben haben, ist in der Folgezeit nichts Entscheidendes mehr geschehen; im Gegenteil, die Ausgaben des Bundes haben ein Ausmaß angenommen, das über das hinausgeht, was als Grundlagen der öffentlichen Ausgaben festgestellt worden ist. Wir müssen auch hier das Vertrauen wiedergewinnen, das uns die Grundlage dafür bietet, daß die Bundestagswahlen im Jahre 1965 zu einem Erfolg für die Christlich-Demokratische Union werden.

Ich gehöre zu denen, die – auch nach den Erfahrungen mit unseren Freunden in den Landesverbänden vom Bodensee bis nach Schleswig-Holstein – die feste Überzeugung haben, daß eine tiefe innere Bewegung durch unsere Partei geht, daß viele von tiefer Sorge erfüllt sind, ob diese Partei die Aufgaben der Gegenwart und Zukunft lösen wird. Und daraus resultiert ein ungewöhnliches Maß an Bereitschaft, auch das Letzte einzusetzen, um die Wahl des Jahres 1965 zu einem Erfolg für die Christlich-Demokratische Union werden zu lassen. *(Lebhafter Beifall.)*

Adenauer: Meine Damen und Herren! Bei der vorgerückten Zeit werde ich mich auf wenige Sätze beschränken. Ich meine zunächst einmal, Herr Kollege Dufhues, Sie hätten sich den Satz schenken können, ich möchte zum erstenmal seit 1951 durch die Räume der Bundesgeschäftsstelle gehen, um den dort Beschäftigten zu zeigen, daß ich Anteil an ihrem persönlichen Geschick nehme. Das war ein Satz, der völlig neben der Sache lag und auch völlig unsachlich war.

Sie haben stark – und ich habe gar nichts dagegen – Ihre Verantwortung betont. Aber bitte, beachten Sie auch meine Verantwortung. Sie sind der Geschäftsführende Vorsitzende. Das bedeutet nicht, daß ich den Mund zu halten und daneben zu stehen habe. Das möchte ich Ihnen doch sehr nachdrücklich sagen. Ich spreche sehr offen. Das Ziel, das Herr Dufhues in den Schlußsätzen geschildert hat, erreichen wir nur durch intensive Arbeit. Das erreichen wir aber nicht, wenn es so weitergeht wie bisher.

---

51 Franz Tillmann (1905–1979), 1946–1955 Leiter der Abteilung Ernährungswissenschaft, 1955–1965 Staatssekretär des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten NW, 1965–1966 Chef der Staatskanzlei NW, 1967–1979 Präsident des DRK Landesverbands Nordrhein.

Ich habe Ihnen schon gesagt, ich weiß, daß unsere Bundesgeschäftsstelle kein Geld hatte und daß keins für sie da war. Aber nehmen Sie die Stelle, für die Geld da war, Eichholz. Was ist in Eichholz gemacht worden? Wir haben den Organisationsplan von Eichholz. Ich will nichts weiter, als daß einige objektive Leute von uns sich diese ganze Geschichte einmal ansehen. Eben hat Herr Kollege Burgbacher gesprochen, der auch meiner Auffassung ist. Dann darf man nicht so handeln, daß die Bundesgeschäftsstelle das bekommt, was übrig bleibt, sondern dann muß festgesetzt werden, was die Bundesgeschäftsstelle nötig hat, (*Burgbacher:* Das wird auch geschehen!) um ihre Leute besser zu besolden und zu bezahlen.

Ich möchte zum Schluß noch ein Wort sagen über Rom. Ich nehme die Sache nicht so tragisch, wie das Herr Dufhues tut. Es ist vollkommen richtig, daß der jetzt residierende Papst[52] auf dem Standpunkt steht, daß überall etwas Gutes ist und daß man überall dieses Gute akzeptieren muß. Aber ich weiß auch, daß die Bischöfe in Deutschland die Gefahren sehen, die in diesem Satz stecken, und ich glaube zu wissen, daß demnächst ein Rundschreiben der deutschen Bischöfe kommt, in denen sie in gewissen Sachen eine absolut klare Stellung einnehmen, und zwar gerade deswegen, weil die Gefahren von Rom, vom Papst aus, drohen, nicht vom ganzen Vatikan. Ich möchte das namentlich den evangelischen Freunden sagen. Der Papst hat erbitterte Gegner unter den Kardinälen. Und so weit ist es noch nicht. Deswegen bin ich auch dafür, daß unsere Bundesgeschäftsstelle mehr Fühlung hat mit den kirchlichen Stellen, auch mit den evangelischen kirchlichen Stellen. Die Sozialdemokraten tun es doch. Wir müssen es auch tun! (*Dufhues:* Wir haben jedenfalls Verbindung zur katholischen und evangelischen Kirche!) Das ist, soviel ich weiß, erst seit vier Wochen. Bis dahin ist nichts geschehen, soweit ich im Bilde bin; denn ich bin nicht ins Bild gesetzt worden über das, was gemacht worden ist, sondern habe das zufällig gehört, daß Herr Krone jetzt die Fühlung mit den katholischen Bischöfen aufnehmen würde. *(Unruhe und Bewegung.)* Das könnte man mir ja auch einmal sagen, Herr Dufhues. Eines halte ich für absolut notwendig bei uns, Herr Dufhues, daß nämlich keiner dem anderen etwas übelnimmt, wenn jemand die Überzeugung hat, daß sachliche Motive ihn leiten bei dem, was er sagt. Das ist doch das entscheidende und die Hauptsache. Seien Sie sich darüber klar – das möchte ich Ihnen nochmals sagen –, daß wir einen sehr schweren Gang vor uns haben und daß wir uns sehr rühren müssen, um im Jahre 1965 bei den Bundestagswahlen zu bestehen.

Wenn die heutige Verhandlung das Ergebnis hat, alle Anwesenden hier darauf aufmerksam gemacht zu haben, wie schwer das ganze werden wird, dann bin ich schon zufrieden. Das war der Hauptgrund, warum wir über diese Frage einmal gesprochen und uns klar gemacht haben, vor welchen Gefahren wir stehen.

Von Hassel: Herr Bundeskanzler! Wir haben in der Zwischenzeit etwas vorbereitet. Es ist ein Entwurf, den Dr. Gerstenmaier als Bundestagspräsident formuliert

52 Johannes XXIII. (1881–1963), vorher Angelo Giuseppe Roncalli, 1944–1953 Nuntius in Paris, 1953–1958 Kardinal und Patriach von Venedig, seit 1958 Papst.

hat. Er lautet: Der Bundesvorstand der CDU hat in seiner heutigen Sitzung die Nominierung von Professor Dr. Erhard als Nachfolger von Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer lebhaft begrüßt. Die Bundespartei stellt sich geschlossen hinter den Mann, der nach dem Willen der CDU/CSU dazu berufen ist, das Werk Konrad Adenauers fortzuführen, der mit seiner anerkannt geschichtlichen Leistung Deutschland wieder nach oben geführt und einer ganzen Epoche der deutschen Geschichte den Namen gegeben hat.

Adenauer: Das ist ehrenvoll für mich, und ich bin Ihnen dankbar dafür, aber das genügt mir nicht. Wir müssen noch etwas hinzusetzen und ein Wort sagen, daß wir hier über die Aufgaben und die Arbeit der Partei gesprochen haben. Sind sie dafür?

Von Hassel: Wenn wir jetzt in einer Pressekonferenz sagen, die Arbeit der Partei soll aktiviert werden, ist dann, so frage ich, etwas gewonnen? In dem Entwurf von Herrn Gerstenmaier steht ja, daß dieses Werk fortgesetzt wird. Es ist ganz unstreitig, daß damit die Außenpolitik, die Europapolitik und die Verteidigungspolitik einbegriffen sind. Ich weiß nicht, ob man jetzt noch ins Detail gehen soll.

Von Brentano: Ich meine doch, daß wir dieses Kommuniqué ergänzen müssen. Den ersten Satz halte ich für sehr gut, aber wir sollten auch ein Wort darüber sagen, daß wir uns über die Parteiarbeit unterhalten und uns mit den Aufgaben beschäftigt haben, insbesondere hinsichtlich der Bundestagswahlen und der Landtagswahlen, die vor uns stehen, zu denen wir doch Vorbereitungen treffen wollen. Wir haben uns auch mit den Wahlproblemen zu beschäftigen. Das muß einmal ausgesprochen werden, daß das die legitime Aufgabe dieses Bundesvorstandes ist, der ja nicht hierherkommt, nur um zuzuhören, sondern um neue Impulse zu geben.

Ich sage das auch mit Rücksicht auf die Fraktion; denn ich möchte der Fraktion sagen können, daß die Zusammenarbeit zwischen Bundesvorstand und Bundestagsfraktion enger werden muß als bisher. Das ist dringend nötig. Wenn es uns innerhalb der CDU nicht gelingt, die Voraussetzungen zu schaffen, um die Verhältnisse zwischen Bund und Ländern zu verbessern, dann scheitert unsere Politik. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Es ist doch so, daß wir diese Probleme hier in Angriff nehmen und zusammen mit der Fraktion lösen müssen. Deswegen sollten wir auch in dem Kommuniqué etwas darüber sagen.

Stoltenberg: Wir sollten zum Ausdruck bringen, daß sich der Bundesparteivorstand unter Bezugnahme auf das Referat des Bundesparteivorsitzenden und des Geschäftsführenden Vorsitzenden mit den Landtagswahlen und mit der Bundestagswahl im Jahre 1965 beschäftigt hat. (*Lemke:* Wobei wir auf die tiefgreifenden Unterschiede zwischen uns und der Sozialdemokratie hingewiesen haben!)

Adenauer: Herr von Hassel! Würden Sie das bitte einmal aufschreiben!

Von Hassel: Nach dem ersten Halbsatz, den Herr Gerstenmaier formuliert hat, käme dann ein zweiter hinzu: Nach einem eingehenden Referat des Bundesparteivorsitzenden Dr. Konrad Adenauer und des Geschäftsführenden Vorsitzenden Dufhues befaßte sich der Bundesvorstand mit der politischen und organisatorischen Situation

und der langfristigen Planung der politischen Arbeit der CDU. (*Zuruf:* Wie ist es mit dem Jahr 1965?) Es ist eben gesagt worden, man solle es nicht auf 1965 begrenzen.

Gradl: Ich wollte Ihnen sagen, was ich mir dabei gedacht habe. Ich halte es in der Mitte des Jahres 1963 nicht für zweckmäßig, der Öffentlichkeit nichts weiter zu verkünden, als daß wir uns heute hier in diesem Bundesvorstand nach der Neuformierung der politischen Führung nichts anderes zu tun gehabt hätten, als nur die Wahl im Jahre 1965 ins Auge zu fassen. (*Unruhe. – Zurufe:* Doch!) Aber, meine Herren, lassen Sie mich doch zu Ende reden. Entweder nennen wir eine Reihe von großen politischen Zielen, die wir ins Auge fassen, oder wir beschränken uns auf einige allgemeine Feststellungen. Wenn wir jetzt nur von den Bundestagswahlen im Jahre 1965 reden, dann sagen doch die nüchternen Journalisten: Aha, also keine anderen Sorgen haben die! (*Adenauer:* Ja, Herr Gradl, das ist es doch!) Die haben wir, aber das sagen wir nicht!

Adenauer: Das wollen wir aber sagen, daß sich der Bundesvorstand mit dieser Wahl beschäftigt hat. Ich verstehe Ihren Pessimismus nicht, daß man das nicht sagen soll.

Von Brentano: Ich muß auch Herrn Gradl widersprechen. Wir sind eine politische Partei, und unsere erste Aufgabe ist es, die Wahlen zu gewinnen. Wir stehen nun in der Halbzeit, und die SPD schweigt auch nicht darüber, wenn sie sich zusammensetzt, um ihr Wahlprogramm zu besprechen und Wahlkommissionen zu bilden. (*Süsterhenn:* Die bilden jetzt schon die nächste Regierung!) Das wichtigste dabei ist doch, daß wir sagen: Wir haben uns zusammengesetzt, um über organisatorische und andere Dinge zu diskutieren. Das Ganze dient der Vorbereitung der kommenden Wahlen, insbesondere den Bundestagswahlen im Jahre 1965. Ich meine, damit kommen wir doch bei den Wählern absolut gut an; denn sie erwarten, daß wir uns damit beschäftigen. In meinem Wahlkreis ist es ganz gewiß so. Das gilt wahrscheinlich auch für Sie, meine Herren.

Von Hassel: Herr Bundeskanzler! Es gibt niemand in diesem Kreis, der über das, was Sie zu dem Ernst der Situation und zu den Aufgaben für 1965 gesagt haben, auch nur in Nuancen anders denkt als Sie. Herr Bundeskanzler! Ich darf sehr offen sagen, ich habe den Eindruck, Sie glauben, daß wir in den Tag hinein leben und uns mit diesen Punkten und Problemen nicht beschäftigen. Ich darf Ihnen aber sagen, die ganze Partei, soweit ich sie kenne, ist von der gleichen Sorge erfüllt wie Sie, Herr Bundeskanzler. Ich möchte Ihnen das sagen, damit Sie nicht glauben, wir säßen hier und nähmen das alles auf die leichte Schulter. (*Von Brentano:* Dann müssen wir es hineinschreiben! – *Zuruf:* Warum sollen wir es hineinschreiben? Das ist doch eine Selbstverständlichkeit! – *Unruhe und Bewegung.*)

Meine Herren! Der erweiterte zweite Satz lautet nun: Nach einem eingehenden Referat des Bundesparteivorsitzenden Dr. Konrad Adenauer und des Geschäftsführenden Vorsitzenden Dufhues befaßte sich der Bundesvorstand mit der politischen und organisatorischen Situation und der langfristigen Planung der politischen Arbeit der CDU sowie mit der Vorbereitung der Bundestagswahlen 1965. (*Schröder:* Ins-

besondere im Hinblick auf die Wahl 1965!) Insbesondere im Hinblick auf die Wahl 1965.

Dufhues: Es steht noch folgende Frage zur Diskussion. Sie wissen, daß die Sozialdemokratische Partei in diesen Tagen das 100jährige Bestehen ihrer Organisation feiert.[53] Zu solchen Veranstaltungen lädt sie die Bezirksleitungen und die Zentralleitungen ein, in Hannover jeweils die Repräsentanten der Länder und des Bundes, d. h. alle Ministerpräsidenten und alle Kabinettsmitglieder. Natürlich dienen diese Bemühungen dem Bestreben, die Regierungsfähigkeit der Sozialdemokratie in Bund und Ländern unter Beweis zu stellen.

Daraus ergibt sich das Interesse der Christlich-Demokratischen Union, im Rahmen des Vertretbaren solchen Einladungen nicht zu folgen. Deshalb halte ich es für richtig, hier zu einer Abstimmung darüber zu kommen. Meine Auffassung ist, daß wir grundsätzlich solchen Einladungen nicht folgen sollten, sondern nur dort, wo regionale oder sonstige Gründe es unvermeidbar machen, in einer gegebenen Größenordnung diesen Einladungen zu folgen. Jedenfalls sollten wir die Mitwirkung auf ein Minimum beschränken.

Adenauer: Nehmen Sie z. B. an, daß der Bundeskanzler eingeladen wird – ich glaube nicht, daß er dazu eingeladen wird –, dann bin ich der Auffassung, daß er zwar nicht hingeht, aber einen Glückwunsch schriftlich zum Ausdruck bringt. Sind Sie damit einverstanden? *(Zustimmung.)*

Röder: Wir sollten uns darüber einigen, durch wen wir uns als Christlich-Demokratische Union in Hannover vertreten lassen, damit es nicht dem Zufall überlassen bleibt, wer nun zusagt oder nicht. Ich halte es für richtig, daß jemand von uns da ist. Deshalb sollten wir uns darüber einigen, damit es nachher wegen der unbestimmten Formulierung von Herrn Dufhues nicht so kommt, daß ein Vertreter erscheint, der uns vielleicht nicht genehm ist. (*Von Hassel:* Der muß vorher die „Internationale" lernen.)

Schröder: Es werden dort ja keine Reden gehalten, sondern es ist ein Festakt mit Musik. Daß wir da in einer honorigen Weise vertreten sind, finde ich nicht schlecht.

Fricke: Ich bin in der glücklichen Lage, daß ich als Vorsitzender von Niedersachsen absagen kann, wenn ich die Einladung bekomme; denn ich bin zur gleichen Stunde in einer Parallelkundgebung, die wir bewußt so gelegt haben, wo nämlich die Junge Union aus ganz Niedersachsen zusammenströmt. (*Adenauer:* Sie haben mich falsch verstanden, Herr Fricke!)

---

53 Kundgebung des Vorstands der SPD zum 100jährigen Bestehen der Partei am Sonntag, dem 12. Mai 1963, in Hannover („Die Welt" vom 13. Mai 1963 „Ollenhauer: Leider nicht in Leipzig"; FAZ vom 13. Mai 1963 „Die Sozialdemokraten feiern ihr hundertjähriges Bestehen"). – Carlo SCHMID: Hundert Jahre Sozialdemokratische Partei. Festvortrag von Carlo Schmid gehalten am 12. Mai 1963 in Hannover. Hannover 1963; Georg ECKERT (Hg.): Hundert Jahre Deutsche Sozialdemokratie 1863–1963. Bilder und Dokumente. Hannover 1963; Willy NISSEL: Von Lassalle bis Wehner. 100 Jahre deutsche Sozialdemokratie. Bonn 1963.

Ich weiß, Herr Bundeskanzler, ich muß natürlich sehr behutsam vorgehen und eine formelle Repräsentanz organisieren. Es ist klar, daß die SPD sehr bewußt diesen Festakt auf den letzten Sonntag vor den Landtagswahlen in Hannover gelegt hat. Eben haben wir darüber diskutiert, ob wir etwas von den Bundestagswahlen 1965 in das Kommuniqué schreiben sollen oder nicht. Die SPD deklariert schon seit Wochen: Die erfolgreichen Landtagswahlen in Niedersachsen werden für uns der glückliche Auftakt für 1965 sein. – Man wird es also behutsam machen müssen, ganz ablehnen kann man es nicht.

Adenauer: Was wollen Sie denn nun, Herr Fricke? Soll nun einer namens der CDU hingehen oder nicht? (*Fricke:* Wer ist Präsident des Bundesrates? – *Zuruf:* Kiesinger!)

Kraske: Ich bin der Meinung, daß wir einen sehr höflichen und formellen Brief – gegen den keiner einen Vorwurf erheben kann – schreiben, aber nicht hingehen sollen und zwar aus folgendem Grund: Die ganze Politik der SPD seit vier Jahren bezieht sich auf eine Gemeinsamkeit mit uns. Sie sagen, sie seien ganz dicht bei der CDU. Deshalb sei es auch ganz gleich, wer wen wähle. Man muß sich die Wirkung ausdenken, wenn im Fernsehen die Kamera auf Wehner, Ollenhauer, Brandt und dann auf einen offiziellen Vertreter der CDU hinweist. Die Reaktion in der Öffentlichkeit wird dann so sein: Die verstehen sich so gut, daß sie sich gegenseitig begrüßen und einander besuchen; es gibt also gar keine wesentlichen Unterschiede mehr zwischen ihnen. – Deshalb würde ich es schriftlich und nicht persönlich machen.

Von Brentano: Ich möchte Herrn Kraske widersprechen. Es gibt gewisse Usancen einfach der Höflichkeit, die eingehalten werden müssen. Es ist hier eine offizielle Kundgebung zum 100. Jahrestag der Gründung einer großen politischen Partei. Sie lädt uns ein. Nun können wir doch nicht alle sagen, daß wir an diesem Tage etwas anderes vorhaben. Es sollte also die Partei offiziell vertreten sein bei dieser Kundgebung, wo ja keine Reden gehalten werden. Ich meine, Herr Krone oder Herr Dufhues sollten hingehen und dort die Partei repräsentieren. So viel – ich möchte beinahe sagen – Anstand im politischen Leben sollten wir in einer solchen Situation zeigen. Wir sollten also nicht nur einen Abschiedsbrief schreiben.

Krone: Ich würde dem zustimmen, wenn sicher wäre, daß es ein solcher Akt ist. Aber es ist ein Mißbrauch, diesen Festakt acht Tage vor die Wahl zu legen. Und die Kronzeugen, die hier – auch von Herrn Ollenhauer – beschworen worden sind, sind Marx und Engels. Deshalb meine ich, es sollte der Parteivorsitzende Konrad Adenauer einen Brief an die Sozialdemokratische Partei schreiben. Mehr nicht. Das entspräche auch dem Sinn unserer heutigen Sitzung. *(Unruhe und Bewegung.)*

Adenauer: Daß Herr Ollenhauer Marx und Engels beschwört, halte ich für sehr gut.

Krüger: Es besteht trotzdem die Möglichkeit, daß dem Vertreter die Gelegenheit gegeben wird, unsere Glückwünsche zu überbringen. Wenn das im Fernsehen gebracht wird ... (*Von Brentano:* Das kann man doch vorher klarstellen. Die FDP geht bestimmt hin.)

Adenauer: Die FDP ist in Hannover in Koalition mit der SPD. Das würde mich nicht stören. Also, Herr Fricke, es hängt wirklich sehr eng zusammen dort mit dem Wahlkampf.

Fricke: Die FDP kann es nicht wagen, von der Veranstaltung wegzubleiben, weil sie in der Koalition dort ist. Ich empfinde es als einen Fauxpas, daß man diese Feier nach Hannover legt. (*Adenauer:* Das kann ich ihnen doch nicht übelnehmen!)

Röder: Mir lag daran, uns darüber zu einigen, ob und wer nun dort hingeht. Ich halte es nicht für ein Zeichen von Schwäche für eine Partei, wenn sie bei einem solchen Anlaß – auch wenn es nicht unsere Freunde sind – in die Erscheinung tritt. Ich halte es im Gegenteil für ein Zeichen von Stärke, wenn wir dort einen Mann auftreten lassen, der durchaus die Höflichkeit wahrt, damit die Öffentlichkeit nicht sagen kann, wir wären zu bang, dort hinzugehen.

Adenauer: Ich gäbe Ihnen recht, wenn nicht gerade dort Wahlkampf wäre. Wir können ja mal nachsehen, ob wirklich 100 Jahre an diesem Tag vorüber sind. Gestern hat Herr Wehner im Bundestag auch ganz falsch zitiert.[54] Auch hier macht man augenscheinlich eine Demonstration für die Wahl. Ich meine, man sollte sich damit begnügen, wenn die Partei eingeladen wird, einen höflichen Brief zu schreiben. (*Johnen:* Aber nicht einen Brief, den sie nachher bekanntgeben!) Einen Glückwunsch kann man so abfassen, daß damit nicht viel zu machen ist. (*Johnen:* Herr Dufhues sollte hingehen! – *Etzel:* Wir erreichen mehr Negatives, wenn wir nicht hingehen!) Herr Dufhues! Wollen Sie hingehen? (*Dufhues:* Wenn es möglich ist, möchte ich nicht hingehen!) Also er geht hin, wenn die Partei eingeladen wird. (*Heiterkeit.* – *Dufhues:* Bisher ist sie nicht eingeladen worden!)

Dufhues: Ich habe Ihnen noch folgendes vorzutragen: Der Bundesvorstand hat den Bundeskulturausschuß neu berufen. Der Bundeskulturausschuß hat Dr. Hofmann[55], Mitglied des Landtages von Nordrhein-Westfalen, zu seinem Vorsitzenden gewählt. Nach dem Statut bedarf diese Wahl der Bestätigung durch den Bundesparteivorstand. Ich bitte Sie, diese Bestätigung zu erteilen.

Adenauer: Das ist geschehen. Ich danke Ihnen für die Mitarbeit und darf die Sitzung schließen.

---

54 Wehner am 25. April 1963 im Bundestag in der Debatte über den Deutsch-Französischen Vertrag. Vgl. Sten.Ber. 4. WP Bd. 53 S. 3424–3434.

55 Dr. Josef Hofmann (1897–1973), 1946–1968 MdL NW (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 494 Anm. 3.